

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Pettizelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 32.

Sonntag, den 7. August.

1910.

## Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

Jetzt, nachdem ein Jahr seit dem Inkrafttreten der Tabaksteuer verfloßen und die geradezu fürchterliche Wirkung dieser Steuerbelastung für die Tabakindustrie allgemein bekannt geworden ist, sollte man meinen, die Regierung würde ihre Pflicht erkennen und alles tun, um die Schäden zu mindern. Den größten Schaden haben natürlich die Tabakarbeiter, unter denen die Arbeitslosigkeit das sowieso schon vorhandene Elend vermehrt hat. Gerade sie bedürften der größten Fürsorge der Regierung, die das Elend doch erst verschuldet hat. Denn deutlich genug sind ihr in der Finanzkommission, wie in der Presse die traurigen Wirkungen der Tabaksteuer-Erhöhung vorausgesagt worden. Sie muß auch wissen, daß diese Wirkungen noch lange dauern werden. Ganz richtig schreibt die Süddeutsche Tabakzeitung, die Erfahrung habe bestätigt, daß von einer Erhaltung des Konsums in Tabakfabrikaten in dem früheren Maße nicht die Rede sein könne und die den arbeitslosen Tabakarbeitern gezahlten Unterstützungen hätten auch dem Fernstehenden gezeigt, welche enorme Einschränkung die Produktion der Zigarrenindustrie erfahren habe. Im Hinblick auf diese Tatsachen muß es als eine unerhörte Herausforderung betrachtet werden, wenn das richtig ist, was in der Jahresversammlung des Deutschen Tabakvereins über Äußerungen aus dem Reichsschatzamt berichtet worden ist. Der betreffende Passus in dem Bericht über diese Jahresversammlung lautet:

„Mit dem Reichsschatzamt wurde auch wegen der Arbeiterunterstützungen ausführlich verhandelt. Der Reichsschatzsekretär erklärte, wenn der Reichstag später noch erhebliche Beträge zu diesem Zwecke bewilligen werde, dann auch die entsprechenden Mittel durch weitere Besteuerung des Tabaks beschafft werden müßten. Auf das Liebäugeln mit einer höheren Zigarettensteuer wurde ihm erwidert, daß der Deutsche Tabakverein dazu ebensowenig wie früher die Hand bieten könne. Man solle und müsse den Tabak endlich in Ruhe lassen.“

Gegenüber den Schäden und Einbußen der Tabakindustrie hat demnach der Reichsschatzsekretär das Gefühl der Würstigkeit. Sonst könnte er unmöglich an eine neue Schröpfung des Tabaks denken. Für die Tabakindustriellen bedeutet aber das „Liebäugeln“ mit einer höheren Zigarettensteuer eine prozige Herausforderung.

Wir wiesen kürzlich nach, daß, wenn das offiziös verlautbarte Defizit im Reichsetat wirklich nur 15 Mill. Mark betragen würde, der Reichstag leichten Herzens eine starke Nachbewilligung zur Linderung der Schäden an die Betroffenen vornehmen könnte. Jetzt aber will der Reichsschatzsekretär zu dem Zweck den Tabak wieder schröpfen. Das ist unerhört!

Aber diese ausgesprochene Absicht entspricht ganz und gar der von uns früher behaupteten Absicht der Regierung, den Tabak nicht in Ruhe zu lassen, bis die gesamte Tabakindustrie reif für das Monopol ist. Nun wird es zwar noch eine Spanne Zeit dauern, ehe dieser Lieblingsplan der Regierung greifbare Form annehmen wird, denn der Schlag, der jetzt der Tabakindustrie zugefügt worden ist, wird nie verwunden und vergessen werden. Die Würstigkeit jedoch, die die Regierung gegenüber den Wirkungen ihrer unqualifizierbaren Steuerpolitik hat, läßt für die Zukunft alles befürchten.

Wo bleibt übrigens angesichts der mitgeteilten Erklärung des Reichsschatzsekretärs dessen „Wohlwollen“ für die arbeitslosen Tabakarbeiter, mit dem er im Reichstag sowohl wie in den bekannten Konferenzen nur so um sich warf? Das bishen Diplomatie und Rhetorik, die der Herr dabei aufwendete, ist mit dieser Erklärung als ein ganz plumper Schachzug aufgedeckt und das angebliche Wohlwollen wie mit einem Schwamme weggewischt. Die Arbeiter haben sich glücklicherweise mit den schönen Redensarten nicht überlöpseln lassen, sie wollen Laten sehen. Nun sehen sie, wie recht sie daran taten, denn die Verkürzung, sowie die mit Dezember beabsichtigte Einstellung der Unterstützungen zeigt ihnen, daß auf Worte der Regierung kein Verlaß ist.

Die Erklärung des Reichsschatzsekretärs lieft sich übrigens wie eine Drohung, eher nichts zu gewähren — wenn der Reichstag ja der Not unter den Tabakarbeitern wehren wollte — bis eine neue Steuer bewilligt ist. Vor den Reichstagswahlen ist daran nun gar nicht zu denken. Man kann sich indessen vorstellen, daß es im Reichstag noch einen heißen Kampf kosten würde, wenn die Regierung gezwungen werden müßte, den Tabakarbeitern weitere Unterstützungen zu gewähren, wenn die jetzt bestimmte Unterstützungsperiode abgelaufen ist.

Daher dürfen die Tabakarbeiter nicht ruhen und sich bescheiden mit der ihnen geschwändig zugefügten Schädigung durch die Verkürzung der Unterstützung, sondern müssen auf Erfüllung des gesetzlichen Rechts bestehen, wie es ihnen nach Artikel IIa des Tabaksteuergesetzes zusteht. Die juristischen Rinkelitzchen zur Entstellung und Aufhebrückung des Artikels IIa nützen der Regierung nichts, wenn die Arbeiter auf dem Posten sind. Denn dann mag der Artikel IIa estamottiert werden, es wird sich ein Weg

finden, an seiner Stelle neue Bestimmungen zu treffen, die eine Preisgebung der arbeitslosen Tabakarbeiter an das nackte Elend des Verhungerns unmöglich machen.

Auch die Fernstehenden haben erkannt, welche enorme Einschränkung die Zigarrenproduktion durch die Steuer erfahren hat — nun wohl, alle diese Fernstehenden müssen über die Größe der Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern aufgeklärt werden. Deshalb hat unser Verbandsvorstand eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit unter Verbandsmitgliedern veranstaltet, und es ist Pflicht unserer Genossen, sie gründlich auszuführen. Dann wird man das Elend ziffernmäßig bestrafen können. Das wird auch die Fernstehenden aufrütteln und sie veranlassen, bei künftigen Reichstagswahlen so zu wählen, daß der Regierung und den reaktionären Feinden des Tabaks gezeigt wird, wo Bartel den Most holt.

Zu keiner Zeit war es notwendiger, sich zu rühren, um gründlich Abrechnung zu halten, und zu keiner Zeit war die Gelegenheit besser geboten, wie jetzt, Erfolg für dieses Bestreben zu erringen.

Fordert die Regierung die Tabakindustrie heraus und droht sie den Arbeitern mit der Muthungerung, dann müssen vor allem die Arbeiter wieder den Vormarsch im Kampfe bilden. Von ihnen selbst hängt es ab, ob man sie bis aufs Blut schinden darf oder ob endlich aller Schinderei ein Ende gemacht wird. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

## Christliche Taktik.

Die Bielefelder Volkswacht schrieb in der Nummer vom 23. Juli folgendes:

### Das christliche Spektakelstück in Rothenußeln.

Motto: Sie lügen wie die Teufel — und schwindeln aus Prinzip.

In Rothenußeln waren am Sonntag (17. Juli. Red. d. L.-M.) etwa 3000 Personen, einschließlich der mitgebrachten Kinder, versammelt.

Der Zweck der Versammlung sollte eine Kundgebung der christlichen Tabakarbeiter Westfalens sein. Die westfälischen Tabakarbeiter waren jedoch nur sehr schwach vertreten. Konfervative Landwirte, Jünglingsvereine mit ihren Posaunenchoristen überzogen. Und diese waren erschienen, weil von seiten der Geistlichkeit sie zum Besuch dieses Spektakelstückes veranlaßt worden waren.

Reichstagsabgeordneter Sielermann und Landtagsabgeordneter Sültemeyer waren auch anwesend.

Die Leiter der Veranstaltung waren denn auch angesichts des offensichtlich bauerndemokratischen Charakters dieser Versammlung in Verlegenheit; es war ausgeschlossen, diesen Nummern als eine Kundgebung der Tabakarbeiter zu verzeichnen.

Fritz Köbs, der Mann mit der eisernen Stirn, schaffte Rat. Er schlug vor, folgendes Subjugationstelegramm an den deutschen Kaiser zu senden:

„Zehntausend christlich-nationale Tabakarbeiter, Arbeiter anderer Berufe und Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung des Minden-Ravensberger Landes, die in Rothenußeln zu einer großen Kundgebung für ihre Standesinteressen verammelt sind, übermitteln Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät das Gelöbniß unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit.“

Dieses Telegramm ist eine große Lüge. Der deutsche Kaiser ist schmähdlich angelogen worden. Angelogen in bezug auf die Zahl der Teilnehmer, die man mindestens verdreifacht hat; angelogen in bezug auf die Zusammensetzung. Die Bauernbündler, die konservative Kolonne, welche das Gros der Versammlung bildeten, werden hier als „Freunde der christlich-nationalen Arbeiterfrage“ bezeichnet. Die weiblichen Teilnehmer und die Kinder erwähnt man überhaupt nicht.

Geredet haben Köblach, ein Herr Breddemann-Kölln, Wallbaum, Sielermann, Sültemeyer, Kaffenbeul, Oberhoffel, Griese und Pastor Küter. Das ganze Gerede war weiter nichts, als eine Verleugnung und Entschuldigungsverleugnung für ihren an den Tabakarbeitern begangenen Verrat.

Die Sozialdemokratie war nicht vertreten, aber sie saß den Rednern im Nacken. Alle Redner bewiesen, daß es die Furcht vor dieser Partei ist, welche diese Leute zu solchen Anstrengungen treibt. Diese Kundgebung war ein Anglistprodukt gegen die im östlichen Westfalen siegreich vorwärts dringende freie Gewerkschaftsbewegung.

Die Kundgebung hat aber wieder mal bewiesen, daß die Christlichen ohne Schwindel nichts mehr machen können; der Schwindel ist ihnen zur zweiten Natur geworden, so daß sie sogar den Monarchen anschwandeln. Warum ist dem deutschen Kaiser nicht gleich der Dank der Versammlung für seine Unterzeichnung des Tabaksteuergesetzes übermittelt worden?

Das Zentrum, welches diesen Nummern veranlaßt hat, ist natürlich ganz entzückt von dieser Kundgebung. Die ganze Zentrumspresse berichtet davon. Die Teilnehmer an dieser Kundgebung haben den Feinden der Tabakarbeiter, dem Zentrum, einen Gefallen getan und die Folgen der Ausschlagung dieses Zentrumsnummers werden zum großen Schaden der gesamten Tabakarbeiterschaft ausschlagen. Wie wird man in dem Kreise der Ritter und Heiligen lachen; lachen über die Dummheit der Teilnehmer.

„Sie spotten ihrer selbst!“

Dem Organ der Christlichen, der Deutschen Tabakarbeiterzeitung, ist diese liebenvolle Beleuchtung des ultramontanen Gimpelfanges, den die ganze Veranstaltung darstellt, natürlich auf die zarten Nerven gefallen, und in der ihr eigenen, vornehmen Ausdrucksweise gibt sie ihrem Schmerz darüber Ausdruck. Daran wäre weiter nichts Bemerkenswertes, wenn sie nicht bei dieser Gelegenheit versuchte, das von uns schon in der letzten Nummer

gekennzeichnete Verfahren fortzusetzen und es so hinzustellen, als ob die Sozialdemokratie und damit natürlich auch der „rote“ Verband, mit den Scharfmachern liebäugelte. Das Blatt schreibt nämlich:

Natürlich ist die Behauptung, daß die Herren Pastoren die Zutreiber zu dieser Kundgebung gemacht hätten, ein ebenso dummer Kohl als wie die andere, der „Kummel“ sei vom Zentrum veranlaßt worden. Sonst heißt es doch immer, die christlich-soziale Partei wäre der „Macher von's Janze“. Auch die freisinnige Mindener Zeitung berichtet in diesem Sinne. Natürlich wird damit nur bewiesen, in welcher ekelhafter Weise die Notizen das Geschäft der Scharfmacher im Arbeitgeberlager besorgen, indem sie die Tabakarbeiter durch Auspielung politischer Gegensätze zur wirtschaftlichen Schwäche zu verurteilen suchen. Es zeigt das, wie recht Kollege Köblach in seiner Rede hatte, als er dringend davor warnte, sich durch politische Hegemonien und gegenseitigen, auf politischen Ursachen beruhenden Liebeserklärungen der Herren Scharfmacher und Sozialdemokraten nicht von der gewerkschaftlichen Arbeit abwendig machen zu lassen. Das ist ja der Wunsch der Unternehmer, daß durch politische Verhezung eine Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter verhindert werde. Daß sie aber so gut vor wie nach der Tabaksteuer die Arbeiter unter unzureichenden Arbeitsbedingungen arbeiten lassen, weiß jedes Kind. Im übrigen hat Herr Pastor Küter die rechten Worte gefunden, als er sagte, daß es den unter jüdischem Regime stehenden roten Führern so recht passen würde, wenn sich die Angehörigen der beiden christlichen Konfessionen die Köpfe einschlagen würden.

Und an anderer Stelle derselben Nummer (Nr. 30), wo es sich mit der Stellung der Großindustriellen zu den christlichen Gewerkschaften beschäftigt, liest man's so:

In einem aber irrt das Blatt, nämlich in der Ansicht, daß die „Schlotjunter“, um den Ausdruck beizubehalten, die Sozialdemokratie hasse. Das ist gar nicht mehr so allgemein der Fall. Im Gegenteil sieht mancher in der Sozialdemokratie die einzig mögliche und willkommene Hilfe gegen die verhassten christlichen Gewerkschaften. Deshalb auch die wohlwollende Förderung der Genossen.

Man vergleiche nur auch manche Vorgänge im Tabakgewerbe. Hier zeigt sich dieselbe Erscheinung. In Baden hat man sich sogar von den überwältigenden Kundgebungen ferngehalten. Ja, die Liberalen antworteten nicht einmal auf die ergangene Einladung. Man will es eben mit den „lieben braven Sozialdemokraten“ nicht verderben. Umso mehr werden die Arbeiter erkennen, wo sie ihre wahre Interessenvertretung finden. Umsonst fürchtet und haßt man uns nicht!

Mit diesen Verdrehungen glaubt das Organ der Christlichen frechen gehen zu können bei den Tabakarbeitern, die durch das Zusammengehen des Zentrums mit den Konfessionen in ihrer elenden Lage bis zum Unglaublichen herabgedrückt worden sind. Wie grotesk diese Kühnheit der Gewerkschaftszersplitterer ist, ihre Verbrechen an der Arbeiterschaft ändern in die Schuhe zu schieben, ersieht man aber erst, wenn man folgende, dem Vorwärts entnommene Zeilen vergleicht mit dem, was wir aus dem christlichen Blatte angeführt haben:

Bei der letzten Reichstagswahl wurden Mitglieder des Gewerkschaftsvereins „königlich-christlicher“ Bergarbeiter vom Ortsvorstand in Saarabien zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar 1907 im Saalbau zu Saarbrücken beordert und haben aus der Gewerkschaftskasse Fahr- und Zehrgeld erhalten. Die Mitteilung davon hat wie Sprengpulver gewirkt und in Dübweiler so große Verwirrung angerichtet, daß die ganze „christliche“ Generalität ausbrüden muß, die hochgehenden Wogen zu dämpfen. Herr Guttsche erklärte diese Mitteilung schlankeweg für „erfunden und erlogen“ und der „Bergknappe“ druckte die „richtig ab, sicherlich nur in dem Glauben, daß Guttsche sei. Sache sicher sei, er die Wahrheit sage, und so fügte der „Bergknappe“ der Erklärung Guttsche noch hinzu, es sei nicht denkbar, daß Gewerkschaftsgelder für Wahlzwecke ausgegeben worden seien. Wenn Gewerkschaftsmitglieder von jener Versammlung beteiligt hätten, sei dadurch die von sozialdemokratischer Seite erhobene Beschuldigung, die „christlichen“ Gewerkschaften seien Zentrums-Gewerkschaften, widerlegt. So leicht der „Bergknappe“ sich die Abwimmlung der Sache gedacht hat, die Mitgliedern haben sie erstens aufgefakt. Diejenigen, die das Geld erhalten hatten, erklärten: „Wie kann Guttsche und der „Bergknappe“ das abstreiten? Es ist ja Tatsache, denn mehr als 200 Mitglieder haben doch Fahr- und Zehrgeld erhalten!“ Das rief allerdings eine Empörung bei den Zentrumsanhängern hervor, die von der Ortsverwaltung Auskunft verlangten, ob es sich um Mitgliederbeiträge handele oder wo sonst das Geld hergenommen worden sei, wenn nicht aus der Gewerkschaftskasse. Der Ortsvorstand gab die Erklärung ab, daß keine Mitgliederbeiträge für politische Wahlzwecke verwendet worden seien, sondern Guttsche habe vom nationalliberalen Wahlkomitee aus Saarbrücken 2000 M. erhalten, von diesem Gelde seien jene Fahr- und Zehrkosten für die Versammlung bestritten und auch das Flugblatt mit Guttsche seiner Rede aus derselben Versammlung gedeckt worden!! Zum bessern Verständnis über den Wert des Flugblattes muß noch bemerkt werden, daß dasselbe schon am 4. Februar, also einen Tag vorher, in der Druckerei des Stummischen „Schleifstein“ hergestellt worden ist!

Ob die Nationalliberalen dem Herrn Guttsche, damals „Generalsekretär“ des „königlich-christlichen“ Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, tatsächlich Geld gegeben haben und ob es 2000 M. oder mehr gewesen sind, wollen wir vorläufig noch nicht als feststehende Tatsache betrachten, da es immerhin möglich ist, daß die „Christlichen“ sich auf diese Art aus der Patzche heraushelfen wollen, aber der nationalliberale Parteivorstand oder das damalige Wahlkomitee werden nicht umhin können, zu dieser Angelegenheit öffentlich Stellung zu nehmen. Sollte es sich wirklich bewahrheiten, daß Guttsche das Geld erhalten hat, wäre das ja ein Schandspiel für die Götter. Man denke sich die „christlichen“ Gewerkschaftsführer im Kampfe gegen die saarabischen Schar-

macher und diese Arbeiterführer holen sich bei denselben Scharfmachern Geld, um ihre Wahlagitation zu leiten und die „organisierten“ Bergarbeiter als Stimmvieh heranzuflehen! Besser besorgen es die Selben auch nicht. Weiter kennzeichnet diese Handlungsweise aber von neuem die „Ehrlichkeit“ dieser „Christlichen“, „Charakterköpfe“. Nach der Wahl erschienen in der „Völkischen Volkszeitung“ und in allen den Münchener-Gladbacheren gewogenen Zentrumsblättern, selbst im „Bergknappen“ gut geheuchelte Entrüstungsartikel darüber, daß die Sozialdemokraten die beiden Wahlkreise an die Scharfmacher ausgeliefert hätten, da die Parole der Stimmhaltung nicht befolgt worden sei. Die „Saarpost“ hat wiederholt geschrieben, daß die Sozialisten, auf denen Herr Volk in den Reichstag gewandert sei, aus der Fabrik Leimpeters stammen und in der Bergarbeiterbewegung man das fortgesetzt gegen den Verband auszuspielen versucht, und nun erfahren wir, daß es die „Christlichen“ sind, welche dem Vertreter der saarabischen Scharfmacher die Schutze geföhlt und in den Reichstag verholfen haben.

Die von den Scharfmachern „gehassten“ christlichen Gewerkschaften im Dienste dieser Scharfmacher, wahrlich, eine bessere Antwort auf die Verdrehungskünste der Deutschen Tabakarbeiterzeitung konnte es nicht geben! Erst schwächt man den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter, indem man sie durch das Hineintragen konfessioneller Gesichtspunkte spaltet, dann führt man die so Verblendeten zur Unterstützung ihrer eignen Gegner herbei — um sich schließlich als die wahre Interessenvertretung der Arbeiter hinzustellen; wahrlich, höher kann der Verrat an der Arbeiterschaft nicht getrieben werden. Für alle Kollegen aber ergibt sich hieraus von neuem die Lehre, unermüdet zu agitieren für unsern Verband, damit sie ungeschwächt durch die christlichen Zersplitterer und Zentrumsdiener ihren Interessen zum Siege verhelfen können.

## Rundschau.

**Folgen der Schnapsblod-Finanzreform in der Zündholzindustrie.** Der Verein deutscher Zündholzfabrikanten nahm in einer außerordentlichen Generalversammlung eine Resolution an, in der die Regierung und die Volksvertretung auf die ungeheure Notlage aufmerksam gemacht werden, unter der die gesamte Zündholzindustrie Deutschlands seit Inkrafttreten des Steuergesetzes leidet. Ein großer Teil von Fabriken, so heißt es in der Resolution, mußte den Betrieb gänzlich einstellen, andre arbeiten unter großen Verlusten mit der Hälfte oder dem Drittel ihrer Produktionsfähigkeit. Tausende von Arbeitern sind brotlos gemacht oder im Verdienst wesentlich geschmälert. Die Versammlung beschloß, daß eine Kommission gewählt werden soll, die den maßgebenden Stellen geeignete Vorschläge unterbreiten soll, um den geschädigten Fabrikanten und Arbeitern Hilfe zu bringen.

**Eine neue Quittung für die schwarzblaue Politik.** Bei der Erziehung im 2. württembergischen Reichstagswahlkreis Cannstatt-Ludwigsburg-Marbach-Waiblingen erschienen Redakteur und Landtagsabgeordneter Keil (Soz.) 18705, Fabrikant Dettinger (nat.-lib.) 9528 und Redakteur und Landtagsabgeordneter Wolff (Bauernbund) 4930 Stimmen. Keil ist somit mit einer Majorität von 4247 Stimmen gewählt.

Im Jahre 1907 war der nationalliberale Führer in Schwaben, Dr. Sieber, als einziger bürgerlicher Kandidat mit 18787 Stimmen gegen Keil gewählt worden, der damals 15488 Stimmen erhielt. Die Sozialdemokratie hat also seit der vorigen Wahl vor 3½ Jahren 3217 Stimmen gewonnen, die bürgerlichen Parteien 4329 Stimmen verloren.

Der neugewonnene Wahlkreis befand sich vorher nie im Besitz der Sozialdemokratie. Um so deutlicher zeigt dieser glänzende Sieg, daß die Bevölkerung nicht länger gewillt ist, sich in das Joch von Parteien spannen zu lassen, die bei den Wahlen das Unmöglichste versprechen, um dann im Bunde mit der schlimmsten Reaktion die Interessen der Wähler mit Füßen zu treten.

**Schlechte Geschäfte.** Nicht ganz so ungünstig wie die beiden ersten Monate des laufenden Etatsjahres hat der dritte Monat, der Juni, abgeschlossen. Trotzdem ist das Ergebnis der Einnahmen im ersten Quartal des Rechnungsjahres 1910 recht schlecht. Die Mehrzahl der Einnahmequellen hat den verhältnismäßigen Anteil des Etatsjahres bei weitem nicht erreicht. Vor allem ist dies bei den Zöllen der Fall, die bis jetzt um 17,5 Mill. Mark weniger eingebracht haben, als im Etatsanschlag vorgesehen ist. Aber auch ein großer Teil der Steuern und Abgaben, so vor allem die Branntweinverbrauchsabgabe, die Tabaksteuer, die Brauereisteuer und die Leuchtmittelesteuer, sind beträchtlich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, und nur wenige Einnahmequellen, wie die Börsensteuer, der Frachttarifen, Personalfahrtstempel, die Grundstücksübertragungsstempel, haben einen nennenswerten Ueberschuß zu verzeichnen. Die Gesamteinnahme ist bis jetzt um fast 24 Mill. Mark zu niedrig, so daß die Aussichten auf ein günstiges Ergebnis der Reichseinnahmen zurzeit keineswegs die besten sind.

**Ueber die Arbeitslosigkeit im sächsischen Tabakgewerbe** wurden auf Verordnung des Ministeriums des Innern Ermittlungen angestellt nach der Richtung hin, ob die Lage des Tabakgewerbes sich seit 1. Oktober bezw. November 1909, zu welcher Zeit in dieser Richtung zum letztenmal Erhebungen veranstaltet worden waren, noch weiter verschlechtert habe. Insbesondere sollte erforscht werden, ob die Arbeitslosigkeit und die Betriebseinschränkung in diesem Gewerbe, wie behauptet, inzwischen einen noch größeren Umfang angenommen hätten, als im Oktober und November des Vorjahres. Die Ermittlungen ergaben, daß allerdings seitdem eine weitere wesentliche Verschlechterung in der Lage des Tabakgewerbes eingetreten ist. Diese Feststellung, die zugleich die herbe Kritik des Verhaltens der Regierung und der bürgerlichen Parteien bedeutet, wird hoffentlich Veranlassung geben, die aufs schwerste betroffenen Tabakarbeiter gegen die Folgen der unseligen Reichsfinanzreform durch weitere Gewährung von Unterstützungen zu schützen.

**Handelskammern, Tabaksteuer und Zentrum.** Die Zahl der Handelskammern, die in ihren Jahresberichten die „Finanzreform“ des schwarzblauen Blocks einer scharfen Kritik unterziehen, mehrt sich von Woche zu Woche, so daß die Organe des Schnapsblods sich nicht anders zu helfen wissen, als den Handelsminister anzufahren, er möge den Handelskammern dieses „politifizierende“ Treiben untersagen.

Besonders interessant ist eine Feststellung, die sich im Bericht der Handelskammer für die Kreise Heiligenstadt, Worbis und Mühlhausen findet. In diesem, von der Mitteldeutschen Volkszeitung, einem Zentrumsorgan, veröffentlichten Berichte heißt es nämlich:

Vermehrt wurden die Absatzschwierigkeiten namentlich durch das Verhalten eines Teiles der Presse. In unzutreffenden und jeder sachmännischen Kenntnis entbehrenden Berechnungen wurden die notwendigen Preiserhöhungen als unrichtig und übertrieben hingestellt, so daß zurzeit eine außerordentlich große Unsicherheit in bezug auf den voraussichtlichen Absatz der einzelnen Sorten und Preislagen besteht.

Zu diesem Teil der Presse gehörten aber auch die Zentrumsblätter, von denen jetzt eins feststellen muß, daß durch die Mittelchen, mit denen das Zentrum seine Wähler darüber hinwegzutäuschen suchte, wie sehr es ihre Interessen geschädigt hatte, die am schlimmsten Betroffenen, die Tabakarbeiter, noch weiter geschädigt wurden, denn für diese bedeutet jede Erschwerung des Absatzes einen Verlust an Arbeitsgelegenheit, eine Verschärfung ihrer elenden Lage.

**Wer zahlt die Zigarettensteuer?** Bei der Einführung der Zigarettensteuer wurde durch die interessierten Regierungskreise oft darauf hingewiesen, daß die Arbeiter nicht mehr, sondern eher noch weniger von ihr zu fühlen bekommen würden als diejenigen, welche die besseren Zigarettenmarken rauchen. Jetzt liegen die Ergebnisse der Einnahmen für die Zigarettensteuer innerhalb des ersten Vierteljahrs vor, sie machen es möglich, einmal festzustellen, welche Bevölkerungskreise durch diese „Luxus“-steuer am stärksten betroffen worden. Nach dem Kleinverkaufspreise getrennt ergaben sich folgende Steuersummen:

Zigaretten	Steuereinnahme
im Werte bis zu 1½ Pf.	1 618 969 Mk.
„ „ über 1½—2½ Pf.	2 080 279 „
„ „ „ 2½—3½ „	1 495 137 „
„ „ „ 3½—5 „	1 266 186 „
„ „ „ 5—7 „	201 347 „
„ „ „ 7 Pf.	194 061 „
Für Zigaretten insgesamt	6 855 979 Mk.
Zigarettenabak	Steuereinnahme
im Werte über 3.50—5.00 Mk.	39 104 Mk.
„ „ „ 5.00—10.00 „	25 865 „
„ „ „ 10.00—20.00 „	26 596 „
„ „ „ 20.00—30.00 „	9 169 „
„ „ „ 30.00 Mk.	4 230 „
Für Zigarettenabak insgesamt	104 964 Mk.
Für Zigarettenhüllen	56 877 „
Ertrag der Zigarettensteuer	7 017 620 Mk.

Die Steuer, in ihre Einzelposten zerlegt, zeigt deutlich genug, wer in Wirklichkeit die Hauptlast derselben trägt. Es ist selbstverständlich die breite Masse des Volkes, die die billigeren Qualitäten konsumiert, sie muß die Zehne zahlen!

**Ein böser Schwindel.** Die bürgerliche Presse verbreitet eine Meldung, nach der auf dem Feste der freien Gewerkschaften in Essen eine große Schlägerei entstanden, in deren Verlauf die Polizei von Festteilnehmern angegriffen und beschimpft worden sei. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei seien etwa 100 Revolverhülsen abgegeben worden. Die Polizei habe ebenfalls von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Dazu ist zu bemerken: Es kam bei dem Fest gegen Abend zu Auseinandersetzungen mit lichtscheuen Elementen, die sich auf dem Festplatz eingeschlichen hatten. Ein Organisierte wurde von einem Unorganisierten gestochen. Nach Schluß des Festes kam es zu einem Wortwechsel mit Polizisten. Tatsache ist allerdings, daß geschossen worden ist. Die Schüsse fielen aber aus den Häusern, die in der Nähe des Festplatzes liegen, und es wird vermutet, daß es sich dabei um eine insame Provokation durch unsaubere Elemente handelt. Auffällig ist es jedenfalls, daß trotz der Schießerei nicht eine einzige Person verletzt worden ist. Die freien Gewerkschaften stehen dem ganzen Vorfall völlig fern.

Ein höherer Polizeibeamter und andre Schutzleute haben den Vertretern des Gewerkschaftskartells erklärt, sie wüßten, daß es sich bei der Schießerei — die sich 1½ bis 2 Stunden nach Schluß des Festes, als von der Festleitung niemand mehr anwesend war, ereignete — nicht um Gewerkschaftler, sondern um Elemente handle, wie sie im Industriegebiet leider öfter Festlichkeiten hören. Ein Revolverhülsen aus den anliegenden Häusern ist bereits mit Namen festgestellt. Es ist ein unorganisierte polnischer Arbeiter, der immerzu aus seinem Fenster schöß, anscheinend, weil es ihm Vergnügen machte, die Polizei noch mehr aufzuregen.

Es bleibt also von der ganzen Schauergeschichte nur die bedauerliche Verletzung eines organisierten Arbeiters durch den Messerstich eines Unorganisierten übrig.

**Zentrumsverraterei.** Unter dem heuchlerischen Vorgeben, daß mit Sozialdemokraten und Freisinnigen eine Mehrheit für die neue Reichsversicherungsordnung nicht zu bilden sei, verband sich bekanntlich das Zentrum in der Reichstagskommission mit Konservativen und Nationalliberalen und setzte so eine ganze Reihe von Verschlechterungen gegenüber dem in der Arbeiterversicherung jetzt bestehenden Rechtszustand durch oder verhinderte wenigstens die Annahme von Anträgen, die eine wirkliche Verbesserung bedeuteten hätten. Trotz dieses Bündnisses gelang es aber doch, die von der Regierung im Einvernehmen mit den junkerlichen und großindustriellen Arbeiterfeinden geplanten tödlichsten Anschläge auf das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen und die soziale Lage der Lohndarbeiter in der ersten Lesung der Vorlage abzuwehren. Das paßt natürlich den Reaktionen im nationalliberalen und konservativen Lager gar nicht in den Kram, und es wurde schon verschiedentlich in der Presse angedeutet, daß bis zur zweiten Lesung alles aufgeboten werden soll, um das Zentrum dazu zu bringen, daß es den Wünschen der Scharfmacher willfährt. Daß solche Verhandlungen bereits eingeleitet worden sind, wird von einer Essener Korrespondenz, die mit den rheinischen Schloßbaronen die engsten Beziehungen unterhält, mit folgenden Worten bestätigt:

Aber das Zentrum dürfte wohl bald einen Pflock zurückstecken! Jedenfalls sind wir aus guter Quelle darüber informiert, daß Konservative und Zentrum über die Dissonanzen, die sich jetzt ergeben haben, in Verhandlungen zu deren Beilegung treten werden, und sollten noch die Nationalliberalen mehr wie bisher aus ihrem Schmollwinkel herauszutreten und positiv mitarbeiten, so dürfte vielleicht doch noch ein Werk zustande kommen, das man zur Not als „annehmbar“ ansprechen könnte.

Ein Gesetz, das den Scharfmachern „annehmbar“ dünkt, muß schon zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft gestaltet sein. Jedenfalls besteht für die Arbeiter alle Veranlassung, auf dem Posten zu sein.

**Der Schnapsbott.** Ueber die Wirkungen des Schnapsbott in Lübeck macht der Jahresbericht der Gewerkekammer folgende bemerkenswerte Angaben:

Kornbrennerei. Der Geschäftsgang, der unter dem Eindruck der Reform der Branntweinbesteuerung stand, war zwar bis zum Spätsommer noch befriedigend; nach dem Inkrafttreten des Branntweinsteuergesetzes (1. Oktober 1909) und infolge des von den Arbeitern verhängten Branntweinbottts ging jedoch der Absatz zurück.

So erfreulich diese Wirkung des Leipziger Beschlusses auch ist, so muß doch gesagt werden, daß es noch viel auf diesem Gebiet zu tun gibt. Die Arbeiter müßten es allgemein als ihre Pflicht ansehen, strikte den Beschluß zu befolgen.

Der Zwickauer Bericht des Sozialdemokratischen Vereins führt aus:

Der vom Leipziger Parteitag als Protest gegen die volksfeindliche Wirtschaftspolitik beschlossene Schnapsbott äußert zweifellos auch im Agitationsbezirk Zwickau seine in mehrfacher Beziehung wohlthätigen Wirkungen. Es wäre nur bringend zu wünschen, daß die organisierte Arbeiterschaft in allen Orten des Bezirks diesem Beschlusse größere Aufmerksamkeit schenken und den Schnapsbott mit aller Energie durchführen würde. Sie erweitert sich damit zweifellos den größten Dienst.

Diesem Wunsche schließen wir uns an. Arbeiter, meidet den Schnaps!

**Die konservative Kreuzzeitung über Zwischenhandel und Konsumvereine.** Bei einer Besprechung des Buches: Die Not des höheren Mittelstandes und Maßregeln gegen Teuerung und Luxus, macht die konservative Kreuzzeitung einige Ausführungen, die auch die Krämer, deren rüdfällige Forderungen dieses Blatt sonst vertritt, interessieren dürften. Es heißt da unter anderem:

Was im weiteren die landwirtschaftlichen Erzeugnisse anbelangt, so bedarf es hier keiner Erörterung, daß die darin herrschende Teuerung weder auf der Zollpolitik des Reiches noch auf der „Profittwut der Agrarier“ beruht. Vielmehr spielt gerade hier oft genug der Zwischenhandel eine unheilvolle Rolle. Selbst in großstädtischen Arbeiterkreisen beginnt diese Ueberzeugung nach und nach zu taugen, wie der jüngst eingeleitete Kampf der Sächsisch-Dänischen Gemerkschaften gegen die Buttergroßhändler aufs schlagendste beweist. Auch im Kolonialwarenhandel sind die Kleinhandelspreise oft genug nicht denen des Bezuges angemessen. — Unbedingt kann man mit einer Ausschaltung der Ueberzahl der Zwischenhändler einverstanden sein. Anläge dazu sind ja bereits gemacht worden; wir erwähnen nur die Berliner Viehzentrale. Ebenso kann man es nur freudig begrüßen, wenn die Kommunen — gerade ihnen eröffnet sich hier ein auskömmliches Feld der Tätigkeit — es ihrerseits unternehmen, die Lebensmittelpreise zu kontrollieren und so einer Uebervorteilung des Publikums vorbeugen. Eine ähnliche Einrichtung ist seit einiger Zeit in Stuttgart getroffen. Nicht minder aber sollten die Kommunen ein wachsam Auge darauf haben, daß nicht durch Ringbildung der Händler — wie in Amerika — künstlich „Lebensmittelmangel“ erzeugt wird.

Bedenklich dagegen erscheint schon die allzu starke Zentralisierung des Lebensmittelhandels, von der sich der Verfasser eine Verbilligung der Waren und eine Verbesserung in der Beschaffenheit verspricht. Wenngleich es keine Frage ist, daß sich „Zwerggeschäfte“ in diesem Zweige überlebt haben, so geht man andererseits wohl zu weit, wenn man auch den mittleren Betrieben die Daseinsberechtigung abspricht.

Ueber die Konsumvereine äußert sich das Blatt unter anderem:

Während der selbständige Klein- und Mittelkaufmann in diesen Vereinen seine schärfste Konkurrenz und seinen wirtschaftlichen Untergang sieht, macht man in den Kreisen der Konsumenten — wohl nicht ohne Grund — geltend, daß derartige Gründungen für sie das einzige Mittel bedeuten, sich gegen Uebervorteilung zu schützen und sich den dauernden Bezug guter Waren zu sichern. Eine allgemeine Entscheidung ist hier sehr schwer zu treffen, eine Lösung wohl auf der mittleren Linie zu suchen. Solange sich ein großer Teil der Konsumenten in wirtschaftlicher Bedrängnis befindet, solange es nicht zu befechten ist, daß der Zwischenhandel vielfach die Gelegenheit wahrnimmt, das große Publikum zu übervorteilen, solange weiter nicht minderwertige Waren endgültig aus unsern Kleinbetrieben verschwinden, solange bedeuten Konsumvereine in vielen Fällen eine Notwehrwaffe und haben als solche ihre Daseinsberechtigung. Aber auch nur aus diesen Gesichtspunkten heraus sollten Konsumvereine geschaffen werden. Wo es die Verhältnisse nicht gebietet, ist es heilsam, ist von einer Neugründung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes ganz entschieden abzuraten. Weiter muß man unbedingt unterscheiden zwischen gefunden Konsummentengemeinschaften, die es sich zur Pflicht machen, normale Preise zu nehmen, und den — bei vernünftiger Wirtschaft sich selbstverständlich ergebenden — Gewinn auf die Genossen zu verteilen, und solchen, die — zur Anlockung von Mitgliedern — einige Artikel verramschen, andre wieder entsprechend teurer verkaufen, oder gar minderwertige Ware führen. Konsumvereine ersterer Art sind schon insofern weniger bedenklich, als die Kreise, aus denen sich ihre Teilnehmer rekrutieren, gewöhnlich begrenzt sind. Schließlich ist auch hier dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, da Genossenschaften nicht selten erheblich teurer arbeiten als Privatunternehmungen, was den Gewinn wieder entsprechend vermindert.

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht und sich durch die bei der Kreuzzeitung erklärlichen weitgehenden Konzessionen an die Mittelständler nicht betrenn läßt, findet in diesen Ausführungen eine weitgehende Anerkennung der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Konsumvereine für die Armen und Minderbemittelten gegen die Auswüchse des heutigen Wirtschaftssystems.

**Wie die Textilunternehmer die Arbeiterinnenbeschäftigung umgehen wollen.** Mit welcher raffinierten Mitteln die Unternehmer ihnen nicht genehme Gesetze zu umgehen versuchen, zeigt ein an seine Mitglieder gerichtetes Rundschreiben des Crimmischauser Fabrikantenvereins für das Textilgewerbe. In dem Schreiben werden die Unternehmer aufgefordert, von der zu Ostern schulentlassenen Jugend möglichst recht viele Lehrlinge bezw. junge Leute in allen Abteilungen der Fabrikation, Spinnerei, Appretur, Weberei einzustellen, „um dadurch nach und nach einen größeren Teil der weiblichen Arbeiter entbehren und so besser die durch die Gesetzgebung beschränkte Arbeitszeit der Arbeiterinnen erzeugten Nachteile überwinden zu können. Nur dadurch wird es möglich, einerseits den Mangel an weiblichen Arbeitskräften zu beheben, andererseits aber die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags zu verhindern“. Also durch Massenbeschäftigung von jungen Menschen sollen die Nachteile der beschränkten Arbeitszeit für das Unternehmertum wieder behoben bezw. die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für Arbeiterinnen umgangen werden.

## Die Frau in der Gewerbe-Inspektion.

Die industrielle Tätigkeit der Frau steigert sich in auffallender Weise. Die innerhalb des Deutschen Reichs geführte Statistik der beschäftigten Arbeiter zeigt uns in der Periode der beginnenden Prosperität ein starkes Anwachsen der Frauenarbeit, während man auf die stärkere Beschäftigung der Männer wohl noch länger warten muß. Wir sehen also die Bedeutung der Frauenarbeit ununterbrochen wachsen. Wir sehen weiter, daß die Frauenarbeit in immer mehr Berufe eindringt, daß sie die Männerarbeit selbst dort verdrängt, wo man noch vor wenigen Jahren an eine Konkurrenz durch die Frauenarbeit nicht denken konnte. Ja es wurde vielfach festgestellt, daß Frauen und Mädchen in Berufen tätig sind, die mit besonderen Gefahren für die Gesundheit der Arbeiterinnen verknüpft sind, die in viel stärkerer Weise ihren Organismus wie den der Männer untergraben und sie vielfach unfähig machen, Mütter zu werden oder gesunde Kinder auf die Welt zu bringen.

So ergeben sich aus der Betrachtung der Frauenarbeit ganz besondere sozialpolitische Verpflichtungen, ganz besonders wichtige Rücksichten, die man im Interesse der Arbeiterinnen, ihres Familienlebens wie auch der kommenden Generation zu beachten hätte. Die Arbeiterin entbehrt noch vielfach des für sie besonders erforderlichen Schutzes, es fehlt auch vielfach an dem genügenden Sachverständnis, um den durch die Industrie besonders gefährdeten Personen den erforderlichen Schutz zu sichern. Die Gewerbeinspektoren sind in außerordentlich starker Weise durch die allgemeinen Pflichten ihres Berufs in Anspruch genommen, so daß sie selbst diese nicht selten vernachlässigen müssen. Da ist es wohl begreiflich, wenn die besonderen Fragen, so die uns besonders interessierende des Schutzes der Arbeiterinnen und der Durchführung der Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen überaus mangelhaft behandelt werden.

In Amerika, und zwar gleichzeitig in Kanada und in mehreren Einzelstaaten der amerikanischen Union, hat man schon vor dreißig Jahren Frauen in der Gewerbeinspektion beschäftigt. Berühmt wurde auch bei uns die Tätigkeit der Frau Florence Kelley als Oberinspektorin des Staats Illinois.

Das Beispiel Amerikas wirkte bald auf eine Reihe europäischer Staaten, insbesondere wohl deshalb, weil sich die weibliche Fabrikinspektion in den Vereinigten Staaten vortrefflich bewährt hat und weil man dort die Zahl der Fabrikinspektorinnen stets vermehrte. In Paris waren schon im Jahre 1899 zehn Fabrikinspektorinnen angestellt, die in den Werkstätten der Damenschneiderei, der Wäsche- und der Puzbranche ein reiches Feld für wertvolle Arbeit fanden. Heute sind in Paris zwölf, in der Provinz sechs Fabrikinspektorinnen tätig. In England wurden die ersten Lady-Inspektoren im Jahre 1893 ernannt. Es gibt in England 16 Fabrikinspektorinnen, die einer Oberinspektorin unterstellt sind. Sie bilden eine besondere Abteilung des Gewerbeinspektor-Dienstes. Neben regelmäßigen Revisionen, die teils durch Beschwerden veranlaßt werden, teils durch eigenes Ermessen geschehen, legt man in England viel Wert auf Spezialuntersuchungen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben oder in solchen, die durch die Länge der Arbeitszeit usw. besondere Mißstände befürchten lassen.

In der Schweiz, und zwar in Zürich und Basel, sind seit dem Jahre 1905 zwei Fabrikinspektorinnen angestellt. Sie haben neben der Aufsicht über die Arbeiterinnenschutzgesetze auch die in den Verkaufsstellen auszuüben; sie nehmen sich außerdem mit Eifer des Lehrlingswesens an.

Nachdem Hessen und auch Bayern mit je zwei Assistentinnen anfangen, sind heute in Deutschland 26 Frauen im Gewerbeaufsichtsdienst tätig. Im nächsten Jahre wird ihre Zahl schon erheblich größer sein. Vor allem überwachen sie Konfektionsbetriebe, Puzateliers, Heimarbeitswerkstätten, dann andre Betriebe, wo auf die Durchführung des Kinderschutzes besondere Rücksicht zu nehmen ist, außerdem alle Betriebe, in denen Arbeiterinnen in nennenswerter Anzahl beschäftigt sind. Dann werden ihnen besondere Spezialaufgaben neben der allgemeinen Tätigkeit überwiesen. So sollen sie sich z. B. um den Wächnerinnen-schutz besonders stark kümmern. Man erwartet von ihnen, was besonders wichtig ist, daß sie das Interesse der Arbeiterinnen an der Gewerbeinspektion steigern, mit den Arbeiterinnen in regelmäßiger und dauernder Fühlung verbleiben, damit sie auch von ihnen zu Rate gezogen werden können, vor allem da, wo es sich um Fragen handelt, bei denen es den Arbeiterinnen peinlich sein muß, sich an einen männlichen Beamten beschwerdeführend, informierend oder ratsuchend zu wenden. Geschickte Gewerbeinspektorinnen in Deutschland haben sich besondere Arbeitsgebiete geschaffen, sie haben damit die Bedeutung der Gewerbeinspektion gesteigert und beträchtlich gehoben.

So haben sich die Fabrikinspektorinnen bekümmert um die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterinnen, um ihre Ernährung, um die Zeit, die sie ihren häuslichen Arbeiten widmen, und um andres mehr. Eine Reihe sozialpolitischer Arbeiten verdanken wir Fabrikinspektorinnen, so daß sie sich auch in Deutschland vortrefflich bewährt haben. So sehen wir, daß die Gewerbeinspektion mit Erfolg nicht nur durch Männer, sondern auch durch Frauen ausgeführt wird, daß die Frauen manche Aufgaben der Gewerbeaufsicht überhaupt besser erfüllen können, da sich für sie die Männer überhaupt nicht eignen. Man muß verlangen, daß jede Arbeiterin die Möglichkeit hat, einer Gewerbeinspektorin ihre Beschwerden vorzubringen, ihre Beobachtungen mitzuteilen, auf Uebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen aufmerksam zu machen. Deshalb ist es eine ganz richtige Forderung, die von Frau Dr. E. Jaffe-Richtofen aufgestellt wird, daß die Zahl der Angestellten und Beamten der Ge-

werbeinspektion vermehrt werden soll, daß auf je 10 000 Arbeiterinnen zumindest eine Beamtin anzustellen ist. Die weiblichen Heimarbeiter sind natürlich damit in Anspruch zu bringen. Vollkommen aber kann die Gewerbeinspektion erst werden, wenn auch Arbeiterinnen angestellt werden.

## Sozialdemokratie und Krankenkassen.

Die angebliche Beherrschung der Ortskrankenkassen durch die sozialdemokratische Partei bildet gegenwärtig ein beliebtes Thema der bürgerlichen Parteipresse. Nicht nur die ausgesprochenen Scharfmacherblätter, auf deren Repertoire die Aufdeckung des Mißbrauchs der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Parteizwecken seit langem als zugkräftiges Spektakelstück zu finden ist, lassen sich darüber vernehmen, auch ganz ernsthaft politische Blätter stimmen in den Schlangengesang ein. Das Bedürfnis nach dieser Meinungsmache resultiert aus dem Mangel an Beweismaterial, das die Entrechtung der Arbeiterschaft durch die Reichsversicherungsordnung vor den Wählern der bürgerlichen Parteien, namentlich vor dem Zentrum, rechtfertigen soll.

Die Begründung der Reichsversicherungsordnung wettet mit viel Temperament, aber ohne den geringsten Beweis gegen die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen. Die Redner des Zentrums und der Konservativen hatten schon bei der ersten Lesung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag diesen Mangel an Beweisen bedauert und gewünscht, die Regierung möge in der Kommission endlich mit dem Material herausrücken. In der Kommission von den sozialdemokratischen Vertretern gestellt, erklärte der Regierungskommissar seelenruhig: „So etwas läßt sich eben sehr schwer beweisen.“

Da kam der Regierung in ihrer Verlegenheit gerade noch zur rechten Zeit ein Urteil des preussischen Obergerichtes zu Hilfe. Das Obergerichtsgeschäft beschäftigt sich in einem vor kurzem verkündeten Urteil vom 21. März 1910 mit dem für die Angestellten der Ortskrankenkassen früher nicht üblich gewesenen Dienstvertrag. Es erklärt, daß einzelne Bestimmungen des Vertrags mit § 29 des Krankenversicherungsgesetzes und mit den §§ 626 und 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Widerspruch stehen und deshalb nichtig seien. Infolgedessen wird der klagenden Ortskrankenkasse verboten, mit ihren Angestellten solche Verträge abzuschließen. Dieses Verbot und der ganze Prozeß sind eigentlich gegenstandslos, weil der Inhalt des Vertrags bereits seit zwei Jahren geändert ist. Das hat natürlich die von der Regierung informierten bürgerlichen Mitglieder der Reichstagskommission nicht gehindert, bei der Beratung der Rechtsverhältnisse der Kassenangestellten alle Register zu ziehen und mit dem Pathos höchster sittlicher Entzückung ein energisches Einschreiten der Gesetzgebung zu fordern, um es der Sozialdemokratie fernerhin unmöglich zu machen, in den Krankenkassen Sinecuren für ihre Agitatoren zu schaffen. Namentlich das Zentrum warf sich zum Hüter der Selbstverwaltung der Arbeiter auf. Das Selbstverwaltungsrecht würde durch solche Bestimmungen, wie sie jener Vertrag enthält, völlig aufgehoben. Zum „Schutz“ der Selbstverwaltung beschloß deshalb die Mehrheit von Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen eine Regelung des Angestelltenrechts, durch die der Einfluß der Versicherten auf die Anstellung der Kassenbeamten so ziemlich ausgeschaltet wird. Da man die Zweidrittelmehrheit der Versicherten in den Krankenkassen aus politischen Gründen nicht gut beseitigen kann, soll den Arbeitern wenigstens die praktische Ausübung des Selbstverwaltungsrechts so viel wie möglich beschnitten werden. Eines der wichtigsten Rechte aber ist die Auswahl und Anstellung der Kassenbeamten, von deren sozialem Geist und Verständnis es in der Praxis doch abhängt, ob die Verwaltung der Kasse zum Nutzen der Versicherten arbeitet.

Nachdem so die Regelung des Angestelltenrechts nach dem Wunsche der Regierung — die Regierung kann u. a. die Militäranwärter in die Kassenstellungen bugfixieren und die Kassenangestellten zu Staatsbeamten machen — in der Reichstagsitzung vom 27. Juni beschlossen worden ist, fällt der bürgerlichen Presse die Aufgabe zu, den Wählern diesen Schlag gegen die Rechte der Arbeiterschaft plausibel zu machen.

Entsprechend dem Charakter dieser Presse begnügt sie sich nicht damit, die Stimmungsmache aus der Reichstagskommission mit vergrößerten Mitteln fortzusetzen. Da ihr Blick durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, verdreht sie Zweck und Wirkung des Anstellungsvertrags zu einem Monstrum „sozialdemokratischer Herrschaft“, um dann mit verstärktem Eifer dagegen anzurennen.

Um was handelt es sich nun eigentlich?  
Im Mai 1898 wurden die Ortskrankenkassen durch einen Erlaß des preussischen Handelsministers erjucht, mit ihren Angestellten Verträge abzuschließen. Es hieß in dem Erlaß:

„... daß mit den Angestellten der Kassen gehörige Dienstverträge abgeschlossen, in denen die Gründe der Kündigung und angemessene Kündigungsfristen bestimmt werden. Dabei empfiehlt es sich, in diesen Dienstverträgen die Bestimmung vorzusehen, daß eine Kündigung des Personals durch den Vorstand nur bei grober oder wiederholter Verletzung der Dienstpflichten zulässig sei.“

Verträge, in denen namentlich diese letztere Voraussetzung für die Kündigung näher stipuliert war, wurden denn auch verschiedentlich abgeschlossen. Dann erschien 1900 eine Broschüre des Geheimen Oberregierungsrats Dr. Hoffmann aus dem preussischen Handelsministerium, der die Kommunalisierung der Ortskrankenkassen forderte, wodurch besonders die Angestellten hart getroffen worden wären. Hierdurch und durch die Verhandlungen im Reichstage über die letzte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz im März 1903 wurden die Angestellten veranlaßt, sich für eine vertrag-

liche Sicherung ihrer Stellungen bei den Kassenvorständen zu bemühen.

Die Kassenvorstände, denen man bisher vorgeworfen hatte, sie verführten mit größter Willkür gegen die Angestellten, zeigten sich grundsätzlich geneigt, die Stellung der Angestellten durch Verträge zu festigen. Es kam dann zu Verhandlungen über den Abschluß einer Reichsartikelmittelgemeinschaft zwischen dem Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich und dem Verbands der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen. Die Verhandlungen waren sehr langwierig, weil nicht nur die Vertrags-, sondern auch die Gehaltsfrage geregelt werden sollte. Ueber die Höhe der Gehälter waren die Meinungen naturgemäß sehr geteilt. Schließlich einigte man sich auf dem Ortskrankentag in Düsseldorf 1906 über den Gehaltstarif. Damit gelangte auch der Entwurf eines Anstellungsvertrags zur Annahme, der dann in der Folge von zahlreichen Ortskrankenkassen — verschiedentlich mit geringfügigen Abweichungen — mit ihren Angestellten abgeschlossen wurde. Gegenwärtig werden 60 Prozent der Ortskrankenkassenangestellten im Deutschen Reich im Besitz solcher Verträge sein.

Dieser tarifliche Anstellungsvertrag enthält vor allem eine Regelung der Kündigungsgründe. Nach § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann die sofortige Entlassung beim Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ erfolgen. Was ein wichtiger Grund ist, unterliegt ganz der Auslegung. Deshalb sieht z. B. das Handelsgesetzbuch für die Handlungsgehilfen bestimmte Kündigungsgründe vor, und auch die Kassenangestellten hatten den Wunsch nach einer solchen Regelung. Der Vertrag sah deshalb die sofortige Entlassung vor, wenn der Beamte in strafrechtlich zu ahnender Weise das Kassenvermögen schädigt, oder wenn ihm durch Strafurteil die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen werden. Das Obergerichtsgeschäft hält diese Einengung des Begriffes „wichtiger Grund“ für zu weitgehend und deshalb nichtig. Im Jahre 1908 war aber auf Grund von Gutachten namhafter Juristen der Vertrag bereits abgeändert worden. Nach diesem abgeänderten Verträge kann die sofortige Entlassung erfolgen, wenn die Weiterbeschäftigung des Beamten mit den Interessen der Kasse unvereinbar ist, wenn er eine die guten Sitten gröblich verletzende unehrenhafte Handlung begangen hat. Das ist nichts weiter als eine Umschreibung des „wichtigen Grundes“.

Außerdem sollte die Entlassung mit dreimonatiger Kündigung erfolgen, wenn der Beamte dauernd arbeitsunfähig ist, oder wenn er sich mehrmals (dreimal) eine grobe Pflichtverletzung innerhalb dreier Jahre zuschulden kommen ließ. Das letztere ist weiter nichts als eine juristische Modifikation dessen, was der preussische Handelsminister 1898 vorschlug. Das Obergerichtsgeschäft bekommt es trotzdem fertig, diese Bestimmung als gegen die guten Sitten verstößend und deshalb als nichtig zu bezichtigen.

Hierauf stürzt sich nun die Presse, namentlich die des Zentrums, mit Wonne und meint, die Kassen seien durch diesen Vertrag gezwungen, jeden Ehrabschneider und Schuft, der als sozialdemokratischer Agitator mit Hilfe der Partei einen solchen Vertrag sehr leicht bekommt, zu beschäftigen. Man könnte diese Angriffe der Zentrumsblätter sehr leicht abwenden mit dem Hinweis auf jene Verträge, die waschechte Zentrumsleute als Vorstände von Ortskrankenkassen mit den Angestellten dieser Kassen abgeschlossen haben. Verträge, die die Angestellten auf Lebenszeit anstellen und als einzigen Entlassungsgrund eine strafrechtlich verfolgbare Schädigung des Kassenvermögens vorsehen. Aber es genügt wohl der Hinweis auf die glänzende Entwicklung der deutschen Krankenversicherung, an der die treue und selbstlose Mitarbeit der Angestellten ihren maßgebenden Anteil hat. Die Angestellten sind durch die Erfolge ihrer Tätigkeit gegen solche Anwürfe geschützt. Sagt doch z. B. der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Hornmann im Berliner Tageblatt vom 2. Juli 1910 erst wieder: „Es ist aber Tatsache, daß sich das Krankenversicherungswesen unter der bisherigen Leitung vorzüglich entwickelt hat...“

Der Anstellungsvertrag sichert den Angestellten ferner religiöse und politische Meinungs- und Betätigungsfreiheit. Auch das verstößt nach Meinung des Obergerichtsgeschäfts gegen die guten Sitten. Trotzdem hat die Reichstagskommission zu § 363 der Reichsversicherungsordnung beschlossen, daß die religiöse und politische Betätigung nicht als Gründe der Kündigung gelten. Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichstag etwas beschließt, was gegen die guten Sitten im Sinne des bürgerlichen Rechts verstößt.

Weiter richtet sich das Obergerichtsgeschäft gegen jene Bestimmung des Vertrags, die der Kasse die Pflicht auferlegt, bei ihrer Auflösung und Ueberweisung der Mitglieder an eine andre Kasse die Uebernahme der Angestellten an die neue Stelle zu veranlassen und ihnen bis zur Uebernahme das Gehalt weiter zu zahlen. Das Obergerichtsgeschäft meint, dazu könne sich die Kasse nicht verpflichten. Nun sieht aber § 303 der Reichsversicherungsordnung ebenfalls die Uebernahme der Angestellten für diese Fälle vor. Der Gesetzgeber ist demnach auch darin anderer Ansicht als das Obergerichtsgeschäft, er hält also diese den Kassen auferlegte Verpflichtung für sehr wohl vereinbar mit den guten Sitten.

Der Vertrag sieht weiter vor, daß die Angestellten und zwar zunächst immer der Dienstjüngste, entlassen werden können, wenn ein unabweisbares Bedürfnis dazu vorliegt, weil sich die Mitgliederzahl so verringert hat, oder die Verwaltung so geändert wird, daß eine Verringerung des Personals möglich wäre. Das Obergerichtsgeschäft meint, die Entlassung wäre nach dieser Bestimmung erst dann ein unabweisbares Bedürfnis, wenn das vorhandene Vermögen zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kasse und zur Zahlung der Beamtengehälter nicht mehr ausreicht und die Beiträge den gesetzlichen zulässigen Höchstbetrag erreicht haben. Das Gericht übersieht nur, daß nicht diese Ursachen, sondern lediglich die oben zitierten das unabweisbare Bedürfnis herbeigeführt haben müssen. Es handelt sich also um ein

Zehrteil, wie es auch dem höchsten Gericht unterlaufen kann.

Dieser Sachverhalt wird zwar die bürgerliche Presse nicht hindern, weiter über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen und den „unwürdigen“ Anstellungsvertrag zu zitiern, aber es sollte ihr durch diese Ausführungen wenigstens die Gelegenheit genommen werden, ihn als Zeigenblatt für den Raub an den Rechten der Arbeiter in der Krankenversicherung benutzen zu können.

## Der Kongress der französischen Cabakarbeiter.

Der Kongress der Landesföderation der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen von Frankreich und Algerien tagte diesmal vom 27. Juni bis zum 2. Juli in der Pariser Arbeitsbörse. Er war von 70 Delegierten, darunter etwa 40 Frauen, besetzt. Von den 19 Punkten der Tagesordnung heben wir hervor: Die englische Arbeitswoche, jährliche Ferien von 12 Tagen, Krankenunterstützung, Sanatorium für Tuberkulose, wöchentliche Lohnzahlung, Arbeitsinspektion.

Wie üblich, wurden auch diesmal Kommissionen gewählt, die je eine Reihe von Fragen zu behandeln hatten. Vom Bericht des Föderationsrates, der angenommen wurde, gelangte auch diesmal keine Zeile in die Öffentlichkeit. Diese Geheimtueri ist übrigens eine Eigenschaft aller französischen Organisationen, und sie ist begründet in der Absicht, dem Gegner seine Schwächen nicht zu verraten.

Die erste berichtende Kommission behandelte die Fragen: Medizinische Kommissionen, Tageslöhne, Arbeitsinspektion. Sie hatte zu jeder dieser Fragen Resolutionen ausgearbeitet, die nach kurzer Diskussion angenommen wurden. Die Resolutionen lauten: Die Kommission beantragt, die Arbeiter oder seine Vertreter sollen im Falle der Bestreitung der Erhebung des Anspruchs auf einen Versicherungsvorschuß bei einem Krankheitsfalle das Recht haben, einen Arzt nach ihrer Wahl anrufen zu können, der ihre Interessen dem Arzte der Manufaktur gegenüber sollte verteidigen können. Im Falle eine Einigung nicht zustande käme, sollten die beiden Arzte einen Schiedsrichter wählen. Tageslöhne: Die Kommission beantragt, von der Verwaltung zu fordern, die Lohnerhöhung auf alle Abteilungen der Arbeiter und Arbeiterinnen im Tagelohn auszuweiten, und für die Arbeiter der Abteilung Zigarrenverifikation Löhne zu fordern, die den Löhnen der Zigarrenkonfektions-Mittelers entsprechen. Arbeitsinspektion: Hierzu beantragte die Kommission, zu verlangen, in den Manufakturen, wo die hygienischen Bedingungen und die Bedingungen der Sicherheit schlecht sind, soll die Administration auf Vorschlag des Arbeitsinspektors die nötigen Maßnahmen zur Verbesserung dieser Bedingungen treffen.

Seit bekannt ist, daß die Tuberkulose heilbar ist, sind auch in Frankreich an verschiedenen Orten Sanatorien errichtet worden. Zur Förderung dieser Anstalten und zur Bekämpfung der Krankheit haben sich departementale Kommissionen gebildet, die denen, die von ihrer Hände Arbeit leben, die Möglichkeit des Eintrittes in solche Anstalten verschaffen. Im Norddepartement, das sehr industriereich ist und daher viele Opfer der Tuberkulose aufweist, zählt diese Kommission die Hälfte der Behandlungskosten, d. h. 1 Frank 75 Cent pro Tag während dreier Monate (ungefähr die Dauer der Kur). Die Administration hat vor kurzem einen Kredit von 5000 Frank in ihr Budget eingeschrieben, der bestimmt ist, Kinder von tuberkulösen Eltern zu isolieren. Die Tabakarbeiter halten nun diese Kreditsumme für zu niedrig und sehen eine für Kinder und Eltern praktikablere Lösung der Frage in der Ueberführung der Kranken in eine Anstalt. In dieser Erwägung beantragte die Kommission folgende Resolution: In Erwägung, daß der Kampf gegen die Tuberkulose auch die Verwaltung der Staatsmanufakturen nicht gleichgültig lassen kann, daß andererseits anderen Gruppen von staatlichen Arbeitern, insbesondere den Angestellten des Post- und Telegraphenwesens, Zuschüsse zur Ueberführung Kranker in Sanatorien bewilligt wurden, spricht der Kongress den Wunsch aus, die Verwaltung möge ebenfalls einen Kredit zur Ueberführung Tuberkulöser in Sanatorien bewilligen. Diese Resolution wurde angenommen.

Eine andere Kommission behandelte die beiden Fragen: Englische Arbeitswoche und jährliche, bezahlte Ferien von zwölf Tagen. Das sind augenblicklich die beiden Forderungen, auf deren Verwirklichung die Tabakarbeiter zielen. Da aber nach ihrer Meinung nicht beide Forderungen zugleich durchgesetzt werden können, sollte der Kongress entscheiden, welcher Forderung der Vorzug gegeben werden sollte. Die Entscheidung setzen wir in der Annahme folgender Resolution: In Erwägung der von den früheren Finanzministern gemachten Versprechen, des günstigen Gutachtens der interministeriellen Kommission, der Erklärung des Finanzministers, Anhänger bezahlter Ferien für die Tabakarbeiter zu sein, beschließt der Kongress, den Föderationsrat zu beauftragen, seine ganzen Anstrengungen auf die Erringung der jährlichen, bezahlten Ferien von zwölf Tagen zu konzentrieren.

Der Kongress wählte übrigens eine Delegation, die vom Finanzminister auch empfangen wurde, ihm ihre Wünsche vorzutragen und von ihm die Zusage von jährlichen, bezahlten Ferien von sechs Tagen erhielt, die bereits im Budget eingeschrieben sind und der Kammer zur Genehmigung unterbreitet werden sollen.

Die Delegation unterhielt sich auch mit dem Minister über das von der Kammer angenommene Gesetz bezüglich der Herabsetzung der Altersgrenze für Frauen auf 55 Jahre und über den in diesem Gesetz enthaltenen Passus auf Abzug von einem Dreißigstel der Pension. Der Minister hoffte auch in diesem Punkte eine günstige Lösung finden zu können.

Wenn wir weiter oben von zwei Hauptforderungen sprachen, die die französischen Tabakarbeiter augenblicklich beschäftigen, müssen wir hinzufügen, daß sie auch noch eine Reihe anderer Forderungen als dringend bezeichnen, darunter die Herabsetzung des Alters, das den Anspruch auf die Versicherung bestimmt, und eine allgemeine Lohnerhöhung. Einen Teil der Forderungen, die die Altersversicherung betreffen, hatte die Kammer in der Tat vor kurzem angenommen: die Erhöhung des Pensionsminimums von 600 Franks auf 720 Franks für Männer und von 400 Franks auf 540 Franks für Frauen. Blicke noch zu bewilligen die Forderung der Herabsetzung des Alters, das den Versicherungsanspruch bestimmt, von 60 auf 55 Jahre. Und schließlich bliebe auch die Annahme dieser Forderungen und Verbesserungen durch den Senat, diese Versammlung aller Herren, der schon die Abweisung so mancher ausgezeichneten Gesetzesbestimmungen auf dem Gewissen hat.

Eine Resolution, die angenommen wurde, forderte die Anerkennung einer allgemeinen Erhöhung der Eintrittslöhne für die Arbeiter des technischen Rahmens, so daß die Löhne dieser Arbeiter und Arbeiterinnen sich mit den Löhnen der Arbeiter der Privatindustrie decken.

Man diskuterte schließlich die Frage der Maßnahmen bezüglich der Ausdehnung der Zigarrenkonfektionen. Die Diskussion ergab, daß die gerühmte Methode der Anwendung trockenen Tabaks verallgemeinert werden solle, und daß es notwendig wäre, eine Verständigung zwischen allen den Manufakturen, wo eine Zigarrenkonfektion existiert, herbeizuführen zur raschesten Einführung dieser Methode. Beim Generaldirektor sollte vorgeschlagen werden, um zu erlangen, daß die

Direktoren der Manufakturen diesem Wunsche der Sektionen Rechnung tragen.

Nach Erledigung einer Anzahl administrativer Angelegenheiten wurde dann der Kongress geschlossen. J. Babion.

## Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Halle a. S. Bei der Firma Barthel u. Naeter stehen die Arbeiter im Abwehrkampf. Die Firma sucht eine Arbeitsordnung einzuführen, die für die Arbeiter unannehmbar ist, weil viele Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis damit verbunden sind. Vor Annahme von Arbeit wird dringend gewarnt.

Sulingen (Hannover). Der Abwehrstreik bei der Firma D. Hinz dauert fort. Vor Zugzug nach Sulingen und Annahme von Streikarbeit für diese Firma wird gewarnt.

Northheim (Hannover). Bei der Firma D u i s e n b e r g u. Sonntag stellten die Kollegen die Arbeit ein, weil es nicht gelang, die Lohndifferenzen zur Zufriedenheit zu erledigen und von der Firma ein Mitglied der Kommission entlassen wurde. Vor Zugzug wird gewarnt.

Erfurt. Ueber die Firma Hoffmann u. Triebel ist die Sperre verhängt. Vor Zugzug wird gewarnt, da noch mehrere Arbeitslose am Platze sind.

Der Zugzug nach den Orten Nürnberg, Brud (bei Erlangen), Neufreistadt, Gengenbach, Goldschneider und Iphenheim ist für Zigarrenfortierer, Wickelmacher und Roller streng fernzuhalten, da einige Arbeitgeber Verschlechterungen einführen und die Einspruch erhebenden Kollegen gemahregelt wurden.

Außerdem ist Zugzug fernzuhalten nach: Dahme i. M.: Firma G l o u l; Sommerfeld: Firmen R. W a t t k e und Raul W ü r b e l; Widenbach (Hessen): Firma A. S. T h o r b e c k e (Sitz Mannheim); Erfurt: Firma H o f f m a n n u. T r i e b e l; Waldheim: Firma C. F. G ü n t h e r; Lang a. Rh.: Firma J o s. B a s e n.

Die Karlsruher Gewerkegewähl endete mit einem schönen Erfolg der freien Gewerkschaften. Die Liste des Gewerkschaftsartikels erzielte 2882 Stimmen, während auf die christliche 475 Stimmen abgegeben wurden. Die Christen haben 1906 nur 209 Stimmen erhalten. Sie wollten es diesmal ganz schlaupacken und haben sich zusammen mit den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen und den Hirschen als „Auslöser für soziale Angelegenheiten“ etabliert. Und trotzdem der Mißerfolg. Die freien Gewerkschaften erhalten 10, die Christen 2 Vertreter. Von den Arbeitgebervereinigern erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 2 Sitze.

Katholische Gewerkschaftszersplitterung in England. Die Hauptstärke der englischen Gewerkschaftsbewegung lag nicht zum mindesten in ihrer einheitlichen Tendenz, alles Nichtgewerkschaftliche aus dem Rahmen der Diskussion innerhalb der Gewerkschaft selbst sorgsam auszuschneiden. Wenngleich die berufliche Zersplitterung in den gewerkschaftlichen Organisationen eine auf den ersten Blick auffällige Erscheinung ist, so hätte man bisher doch vergeblich nach verschiedenen Tendenzen innerhalb der Bewegung, wie wir sie z. B. in Deutschland durch die freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften verkörpert sehen, gesucht. Der Umstand nun, daß die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung immer mehr zu sozialistischen Anschauungen neigt, hat auch dort die Zersplitterung nicht ruhen lassen, die — uns Deutsche mündert das gewiß nicht — sich im katholischen Lager fanden. Kürzlich fand nämlich in Salford eine „Konferenz katholischer Gewerkschaftler“ statt, die der Meinung Ausdruck gab, es sei nunmehr an der Zeit, von den Gewerkschaftsführern energisch eine den Wünschen der Katholiken entsprechende Forderung zu verlangen; daß die Katholiken wohl gewillt seien, ihre Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, doch dürfe dies in Zukunft nur nach Zubilligung gewisser Zugeständnisse geschehen. Welche Einsprüche hinter dem ganzen wirksam sind, zeigt der Umstand, daß der Bischof von Salford auf der Konferenz den Wunsch ausdrückte, die Bewegung möge mit der Zeit wachsen und stärker werden und daß auf ein an den Papst gerichtetes Telegramm vom Kardinal Merry del Val der Konferenz telegraphisch des Papstes Segen übermittelt wurde. Es wurde beschlossen, regelmäßige „katholische Gewerkschaftskonferenzen“ zu organisieren, zu deren Teilnahme katholische Vertreter katholischer Verbände und Verbandsvorstände eingeladen werden, die den besonderen Interessen der katholischen Gewerkschaftsmitglieder dienen sollen.

## Berichte.

Agitationstour im 7. Gau. Auf Anregung des Gauleiters J. Schnell fand im Einverständnis mit dem Zentralvorstand eine Auswechsellungstour im 7. und 9. Gau statt. In nachstehenden Orten waren Referate des Gauleiters Ad. Heising in Aussicht genommen: Heppenheim am 7., Widenbach am 8., König am 9., Lorsch am 10., Lampertsheim am 10., Fungstadt am 11., Dietesheim am 12., Hainstadt am 13., Klein-Auheim am 14., Klein-Krobenburg am 15. und Wiesek am 16. Juli. In Wiesek war der Besuch schlecht; in Lampertsheim und Dietesheim konnte die Versammlung nicht abgehalten werden, da im ersteren Orte nur zwei Kollegen erschienen und im letzteren durch ein Mißverständnis die Versammlung nicht einberufen worden war. Auch in den übrigen Orten hätten die Versammlungen in Anbetracht der umfangreichen Tabakindustrie, welche vorhanden ist, besser besucht sein können. In allen Versammlungen lautete das Thema: Die Verhältnisse im Gewerbe, die neuen Bundesratsbestimmungen zur Staatsunterstützung geschädigter Tabakarbeiter und die Gründung des Reichsarbeitsgeberverbandes im Tabakgewerbe. Das Referat wurde überall mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Eine scharfe, gegen die durch nichts gerechtfertigte Entziehung der Staatsunterstützung gerichtete Resolution gelangte überall einstimmig zur Annahme. Der Erfolg für den Verband ist als ganz gering zu bezeichnen, da die Nichtorganisierten durch Abwesenheit glänzten. Die bei der Auswechsellung gehaltenen Vorträge haben sich für beide Gause nicht erfüllt; wir sind dadurch um eine Erfahrung reicher geworden, welche bei ähnlichen Anlässen zu beachten ist.

Ad. Heising, Gauleiter.

Bernburg. Der Mitgliederversammlung, die am 16. Juli stattfand, lag der Kassendbericht für das zweite Quartal 1910 vor. Aus demselben entnehmen wir, daß die Gesamtsumme 1725.76 Mark und die Gesamtausgabe 1650.34 Mark betrug. An gemahregelte Mitglieder wurden 1354.65 Mark gezahlt. Die enorm hohe Unterstützungssumme für Gemahregelte zahlte der Verband denjenigen Mitgliedern, welche durch die Fabrikanten Wurzel und Häbide indirekt zeitweilig um die Unterstützung aus dem Viermillionenfonds gekommen sind. Aus der angeführten Unterstützungssumme können aber unsere Leser ersehen, daß es stets die gewerkschaftliche Organisation ist, die ihren Mitgliedern hilft. Um so weniger ist es zu verstehen, daß es weibliche Mitglieder gibt, welche durch Austrittserklärungen ihre langjährige erworbenen Rechte kurzerhand von sich werfen, wenn der Ehemann durch Selbständigkeit oder Geschäftübernahme in andere Ver-

hältnisse kommt; oder, was noch bedauerlicher ist, wenn der Mann eine von der Genossenschaftsorganisation zu vergebende Beamtenstellung einnimmt. Der Mitgliederversammlung lag ein Antrag auf Umgestaltung der hiesigen Lokalfassenverhältnisse vor. In Anbetracht der minimalen Besucherzahl konnte derselbe jedoch nicht zur Diskussion gestellt werden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn sich die Mitglieder der Zahlstelle Bernburg den Besuch der Versammlungen mehr als bisher angelegen setzen ließen; denn nur dadurch kann verhütet werden, daß eventuell Beschlüsse gefaßt werden, mit denen ein großer Teil der Mitglieder nicht einverstanden ist.

Dahme (Marl). Am 1. August fand im Restaurant Kaisergarten eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches und Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig; 3. Die Krise in der hiesigen Tabakindustrie und das Verhalten der Fabrikanten den Arbeitern gegenüber; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung ergab an Einnahmen 2575.08 Mk., an Ausgaben 1942.15 Mk. Mitihin verbleibt ein Bestand von 632.93 Mk. Die Zahlstelle zählt am Schlusse des Quartals 340 Mitglieder. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer Kollegen Peister von der Versammlung Entlastung erteilt. Nun erstattete Kollege Denid einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung. Er erklärte, wenn auch nicht alle Wünsche der Mitglieder berücksichtigt werden konnten, so seien doch die gefaßten Beschlüsse geeignet, den Kampfscharakter des Verbandes zu stärken und zu wahren. In der Diskussion sprachen die Kollegen Kaiser, Mann, Herrmann und Schulze. Zum nächsten Punkt nahm Kollege Kaiser das Wort. Er zeigte an der Hand von Tatsachen, mit welcher Geschäftlichkeit die Fabrikanten es verfahren, sich der Kollegen zu entziehen, die ihnen einmal auf die Hüften getreten haben. Er forderte die Anwesenden auf, fest mit ihren arbeitslosen Kollegen zusammenhalten; dann würden die Herren, die es so trefflich verstehen, ihren Herrenstandpunkt zu wahren, das Nachsehen haben. Kollege Herrmann schloß sich den Ausführungen vollständig an und zeigte an der Wiedereinstellung von Arbeitern in den Betrieben, wie rigoros die Situation von den Arbeitgebern ausgenutzt wird. Besonders wurden die Kollegen ermahnt, den Fabrikanten nicht selbst durch ihr Verhalten ein derartiges Vorgehen zu erleichtern. In ähnlichem Sinne sprachen die Kollegen Wilknis, Mann und Paul Peister. Ueber das Verhalten des Fabrikanten Guel entpinn sich eine besonders heftige Debatte. Die Kollegen sind der Ansicht, daß ein derartiger Arbeitgeber überhaupt keine Arbeiter verdiene, denn er scheine sich in seinem früheren Beruf sonderbare Ansichten über die Behandlungswelche von Arbeitern gebildet zu haben. Unter Verschiedenem entspann sich noch eine recht lebhaft Debatt. Die gut besuchte Versammlung wurde um 12 Uhr geschlossen.

Halberstadt. Am 25. Juli tagte im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Die Entziehung der Staatsunterstützung. Referent Karl Deichmann-Bremen. Der Redner übte scharfe Kritik an unserer heutigen Wirtschaftsordnung, in der die besthende Klasse, das Unternehmertum, den Arbeitern möglichst niedrige Löhne und lange Arbeitszeit vorschreibt. Die Vertreter dieser Klasse in den Parlamenten sorgen dann durch Besteuerung der Lebensmittel und notwendigen Gebrauchsartikel dafür, daß den karg entlohnten Arbeitern ihr Verlohn auch noch weiter gekürzt wird. Der Kampf der Tabakarbeiter dürfe daher nicht nur ein gewerkschaftlicher Kampf sein, sondern die Kollegen sollen auch der politischen und genossenschaftlichen Organisation beitreten. Nur solche Leute müssen wir ins Parlament wählen, die wissen, wo uns der Schuh drückt.

Genau wie 1879 haben die Tabakarbeiter jetzt mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Durch die Verlegung der Tabakindustrie in andre Bezirke, wo sich billige und willige Hände im Ueberflus befinden, wird verurteilt werden, die Löhne zu kürzen, was schon jetzt durch die Lieferung schlechten Materials vielfach versucht wird. Redner brandmarkte die bekannte Art, in der im Reichstage die Entschädigungsanträge für die Tabakarbeiter von den Parteien, besonders von der Zentrumspartei, verschandelt wurden. Die Regierung glaubt nun, da ein Teil des Gesetzes erledigt ist und die 4 Millionen aufgebraucht sind, fräuche man den andern Teil des Gesetzes nicht auszuführen. Der Reichstag hat aber durch die Bewilligung der ¼ Million Mark anerkannt, daß das Gesetz noch nicht erledigt ist. Man sagt, die Finanzen erlauben eine weitere Unterstützung nicht; wenn aber die Zivilliste des Königs 3½ Millionen Mark verlangt, dann erlauben das die Finanzen. Unsere Aufgabe muß daher sein, wie wir gegen das ganze Gesetz protestiert haben, auch zu protestieren gegen die neuen Bundesratsbestimmungen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell, unermüdet für unsere Organisation zu kämpfen und immer neue Mitglieder dem Verband zuzuführen. Nur durch das Zusammenhalten aller Kollegen und Kolleginnen werden wir die elenden Verhältnisse bessern. — In der Diskussion wurde die Resolution von der Generalversammlung in Braunschweig verlesen und fand einstimmige Annahme.

Hollen. Am 31. Juli fand im Lokale des Wirts Widmeier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem Kollege Oberschmidt die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen hatte, die von den Revisoren für richtig befunden war, wurde ihm Entlastung erteilt. Sodann wurde der Bericht über die Generalversammlung in Braunschweig des Kollegen Oberschmidt mit regem Beifall angenommen. Dann beschloß man, daß der Ueberflus der Lokalkasse für vollberechtigte Mitglieder verwendet werden kann. Hierauf wurde der Kartellbericht angelesen und die Wahl der Delegierten vorgenommen. Nachdem noch örtliche Verhältnisse erledigt worden waren, ernaunnte Kollege Brindmann zu einer regen Agitation.

Leipzig. Die Tabakarbeiter und Zigarrenfortierer hielten gegen die neuesten Maßnahmen des Reichsfinanzamtes wegen der Kürzung und Entziehung der Unterstützung der durch die Tabaksteuer geschädigten und arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter eine Protestversammlung ab. Gauleiter Wenzel aus Dresden freite in seinen Ausführungen das Zustandekommen der Tabaksteuer, die unsere vorausgesetzten Beschränkungen gerechtfertigt habe. Sind doch gegenwärtig noch 10 Prozent aller in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter brotlos. Statistische Ermittlungen für die Zeit vom 15. August 1909 bis 30. Juni 1910 im 11. Gau (Königreich Sachsen) haben ergeben, daß in 152 Betrieben für insgesamt 6123 Personen ein Gesamtverlust von 315755 Arbeitstagen zu verzeichnen war. Einbegriffen sind hierin 2856 Personen, die nur dreiviertel ihres früheren Lohnes verdienen, und diese nach Art. IIa des Tabaksteuergesetzes keinen Anspruch auf Unterstützung hatten. Der Verlust an nicht geschädigten Arbeitstagen betrug hier 93074. Aber auch aus anderen Gauen kommen solche und noch schlimmere Nachrichten. Für das Unternehmertum ist es eine willkommene Gelegenheit, den so dem Glend preisgegebenen Tabakarbeitern den Lohn noch mehr zu reduzieren und die alten und unliebamen Arbeiter durch schickantes Verhalten aus ihren Betrieben zu entfernen. In der regen Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 24. Juli stattgefundene Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs protestiert gegen die von den verbündeten Regierungen und dem Reichsfinanzamt bewirkte ungesetzliche Verringerung des Art. IIa des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909, sowie gegen die daraufhin vom 16. Juli 1910 ab vollzogene Verkürzung der Unterstützung an die durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen geschädigten Tabakarbeiter und gegen die gänzliche Beseitigung der Unterstützung am 3. Dezember 1910. Die Versammlung appelliert in Rücksicht auf die Tatsache, daß infolge des Tabaksteuergesetzes — wie auch jetzt durch die Enquete der Verbände über die Arbeitslosigkeit festgestellt ist — die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern noch in großem Umfang anhält, an den Reichstag und

erwartet von ihm die Wiederherstellung der Unterstützung nach Artikel 11a des Tabakenergesetzes.

**Mosbach.** Die Firma Leopold Blum, Hochhausen, hat seit Mai d. J. ihr Sortier-, Pack- und Versandgeschäft nach Mosbach verlegt. Die Sortierer müssen jetzt zum Teil den Weg morgens und abends von Hochhausen nach Mosbach gehen, was sehr unständig ist. Es ist ohnehin schlecht mit dem Zahntag bestellt, und deshalb kamen die Sortierer um eine kleine Lohnzulage ein, die ihnen rundweg abgelehnt wurde. Die zwei ledigen, fremden Sortierer haben dann ihre Kündigung eingereicht; auch sonst ist es bei dieser Firma nicht am besten. Die Arbeiter werden jetzt, weil es nicht so gut geht, schikantiert aufs äuerste. Auch in den Filialgeschäften obiger Firma in Vorbach und Hochhausen sind keine rosten Zeiten; in Vorbach spotteten die Löhne aller Beschreibungen und in Hochhausen, wo nur bessere Zigarren verfertigt werden, ist es nicht viel besser. Wir möchten den Kollegen und Kolleginnen von Vorbach und Hochhausen zurufen: Tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiterverband, denn Einigkeit macht stark; nur so könnt ihr eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern. Zugang von Sortierern bei Leopold Blum, Mosbach, ist fernzuhalten.

**Geiffenensdorf.** Am 30. Juli fand im Restaurant zur Linde eine Mitgliederversammlung statt. Kollege S. Roscher brachte die von den Revisoren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung zu Gehör. Nach derselben haben wir infolge Uebertritts der Mitglieder in andere Berufe eine Mitgliederabnahme zu verzeichnen. Als Revisoren wurden die Kollegen Alwin Dentschel und Benno Knippel gewählt. Aus dem Kartellbericht ist zu ersehen, daß sich die Tabakarbeiter an der Unterstützung des Kartells leider nicht in dem Maße beteiligen, wie es notwendig ist. Beförderung wird hierin erwartet. Eine Tarifangelegenheit fand nach Aussprache ihre Erledigung. Nunmehr erstattete Kollege Baum-Pirna seinen Bericht von der Generalversammlung, die einzelnen geschäftlichen Änderungen des Statuts erläuternd. Daß man jetzt schon dem Vorstand mit auf den Weg gab, bis zur nächsten Generalversammlung eine eventl. Beitragserhöhung auszuarbeiten, konnte man bei den jetzigen guten Finanzen des Verbandes einfach nicht verstehen. Im übrigen hatte man gegen die Beschlüsse nichts einzuwenden. Die Versammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen, hoffen wir, daß alle folgenden ebensogut und noch besser besucht werden.

**Waldheim.** Nach fünfwöchiger Dauer ist der Streik der Zigarrensortierer bei der Firma C. F. Günther zugunsten der Arbeiter am 20. Juli beendet worden. Die von den Arbeitern gestellten Forderungen, Lohnaufschlag von 10 Pfg. pro Mille und Abschaffung mehrerer Nebenarbeiten, sind von der Firma bewilligt worden. So zeigt auch dieser Kampf wieder, was die Arbeiterschaft erreichen kann, wenn ein gutes Organisationsverhältnis vorhanden ist. Darum, ihr Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch alleamt dem Deutschen Tabakarbeiterverband an, um eure traurige wirtschaftliche Lage mit seiner Hilfe zu verbessern. Ohne Organisation werdet ihr niemals in der Lage sein, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Das Unternehmertum denkt nicht im entferntesten daran, den Arbeitern das zu geben, was sie fordern, und mag dies noch so bescheiden sein. Darum bedeutet unser Leben Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, und jeder denkende Arbeiter, jede Arbeiterin muß sich in die Reihen der Kämpfenden stellen, um so vereint im Verbands dem Unternehmertum etwas abringen zu können. Seht ihr nicht, wie sich die Unternehmer in der Tabakindustrie zu großen Arbeitgeberverbänden zusammenschließen? Angesichts dieser Tatsachen und eurer elenden Lage dürft ihr Tabakarbeiter nicht länger tatenlos bleiben, sondern müßt selbst Hand ans Werk legen. Helft durch euren Beitritt zum Deutschen Tabakarbeiterverband dessen Kraft und Macht stärken; dann wird auch für die Tabakarbeiter der Tag kommen, wo bessere Verhältnisse geschaffen und errungen sind!

## Genossenschaftsgegner an der Arbeit.

Im Organ des syndizierten Großkapitals, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, wird munter gegen alles, was mit der modernen Arbeiterbewegung zusammenhängt, scharf gemacht, wobei es selbstverständlich gar nicht darauf ankommt, ob das Geschreibsel auch nur entfernt damit etwas zu tun hat. In einem Leitartikel der Nummer vom 20. Juli, überschrieben: „Genossen“ und Genossenschaften, wird nachzuweisen versucht, daß die weitere Ausdehnung des Genossenschaftswesens, die Vereinbarung zwischen den zentralisierten Gewerkschaften und dem Zentralverein deutscher Konsumvereine, die Einführung von Eigenproduktion des zuletzt genannten Verbandes, auf nichts anderes als auf eine politische Machterweiterung der Sozialdemokratie hinausläuft. Dabei kommt es den Scharfmachern auf ein bißchen mehr oder weniger Unlogik nicht an. Erst heißt es, der Zentralverband deutscher Konsumvereine sei bestrebt, hauptsächlich die zur Sozialdemokratie hinneigenden Arbeiter für sich einzufangen, womit man doch zugibt, daß die Genossenschaften selbständige, von der Sozialdemokratie unabhängige und getrennte Institute sind, dann aber wird auf den „Pakt“ hingewiesen, der auf dem Genossenschaftstag in München mit der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften abgeschlossen wurde, der eine wesentliche Stärkung der materiellen Hilfsmittel der Genossen verbürge. Die Vereinbarung zwischen den Genossenschaften und den Gewerkschaften sei auf praktische Ziele gerichtet, beide wollen dahin wirken, Erzeugnisse der Hausindustrie und der Strafanstalten vom Vertrieb und Ankauf auszuschließen. Gefährlicher noch als das obengenannte Wirken erscheint dem Scharfmacherblatt das allgemeine Prinzip, nach dem die Konsumvereine bei der Auswahl ihrer Bezugsquellen den Fingerzeigen der Generalkommission folgen wollen. „Die Generalkommission der Gewerkschaften und die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine werden dafür zu sorgen haben, daß außer dem Verkauf auch die Herstellung der erforderlichen Massenartikel, soweit sich das ermöglichst läßt, rein säuberlich in „Eigenbetrieben“ erfolgt; sie werden sogar ermächtigt, die Neugründung von Genossenschaften zu gemeinsamer Produktion seitens der organisierten Arbeiterschaft zu untersagen, falls die Wege des Zentralverbandes dadurch durchkreuzt werden könnten. Um nun zu zeigen, welche Bedeutung ein solches Vorgehen habe, wurden folgende Zahlen aufgeführt:

Wie starke materielle Interessen hierbei ins Spiel kommen, erhellt aus der Mitteilung, daß 1909 (einem Krisenjahr!) dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 1119 Genossenschaften mit weit über einer Million Mitgliedern und einem Umsatz von 382 Millionen Mark angehörten. Man darf annehmen, daß es sich um ein Konsumentenheer von mindestens drei Millionen Köpfen handelt, und mit einem solchen Riesenaufgebot von Warenkäufern im Rücken können die Konsumvereine zweifellos Wirkungen ausüben, die für die betroffenen Produzenten und Lieferanten in dem einen Falle eine außerordentliche Begünstigung, in dem andern Falle eine arge Beeinträchtigung bedeuten. Unter solchen Umständen ist das Gedelhen, vielleicht die Lebensrisiken von vielen Hunderten Gewerbetreibenden und Detailhändlern in die Hände des allmächtigen Zentralverbandes gelegt.

Das Konsumentenheer ist noch viel zu niedrig angegeben, doch das ist hier nebensächlich, der Zweck der

Uebung liegt darin, gegen die Genossenschaften Regierungen und alle bürgerlichen Kreise scharf zu machen. „Für die Warenlieferung an die Konsumvereine werde die Gewinnungstätigkeit in sozialdemokratischem Sinne maßgebend sein.“ Die jetzigen Lieferanten werden zwar über einen solchen Blödsinn lachen, sich aber doch nicht gegen diese Hekereien wenden. Die ganze Böswilligkeit konsumvereinstöckerischer Kampfesart kommt aber in den Zeilen zum Ausdruck:

Auch wird dadurch den beteiligten Lieferanten ein gewaltiger Respekt vor der im Hintergrunde gebietenden Sozialdemokratie eingeflößt werden. Die bisher von der Partei unabhängigen, aber auf die Arbeiterkundschaft angewiesenen Kaufleute ferner sehen eine Rute über ihrem Haupte und müssen fürchten, daß die Organisierten von ihrer Tür hinweg zum Konsumverein kommandiert werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Produktion und Konsum werden auf diese Weise in den Dienst politischer Bestrebungen hineingezwungen, und man kann versichert sein, daß die Daumenschraube gegen Widerpenfliche ohne Nachsicht wird angewandt werden. Jedenfalls stellt die Heranziehung der Konsumvereine an die sozialdemokratischen Gewerkschaften und damit an die politischen Machthaber einen Vorgang dar, der in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sehr bemerkenswert ist. Wirtschaftlicher Aufschwung der Genossenschaften auf Kosten der bürgerlichen Nährstände, finanzielle Stärkung der Gewerkschaftskassen durch eigene Ertragswirtschaft, Ausdehnung der sozialdemokratischen Machtphäre auf bisher unangestastete gebliebene Konsumentengruppen, endliche Steigerung der politischen Machtmittel durch wirtschaftliche Knebelung kleiner bürgerlicher Betriebe — das sind wahrlich keine erbaulichen Aussichten als Folgen der vollen Verbrüderung zwischen „Genossen“ und Genossenschaften.

Diese Scharfmacherei hat nicht nur den Zweck, alles gegen die Konsumgenossenschaften auf die Beine zu bringen, sondern die Aufmerksamkeit der Konsumenten soll auch von dem Raube abgelenkt werden, dem sie durch die großkapitalistischen Privatgesellschaften ausgeliefert sind. Das wird freilich nicht gelingen. Die Arbeiterpresse klärt ihre Leser ja ununterbrochen darüber auf, wie die Arbeiter als Produzenten und Konsumenten geschädigt werden.

## Ein Lob der Arbeiterbewegung aus Scharfmachermunde.

Die Kölnische Zeitung, die sich, wo es sich um soziale Kämpfe handelt, stets auf die Seite des Unternehmertums stellt, brachte neulich einen Artikel über das Verhalten der Arbeiter bei großen Ausständen und Unruhen. Das Blatt meint, dieses Verhalten wäre immer ein Gradmesser nicht nur für das Bildungsniveau der Arbeiterklasse an sich, sondern für unsere fortschreitende Kultur überhaupt. Noch vor 15 und 20 Jahren sei es Regel bei größeren Ausständen und Ausperrungen gewesen, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit für die nicht unmittelbar beteiligten Staatsbürger sehr gefährdet war. Zusammenrottungen, Ueberfälle usw. waren an der Tagesordnung, die Schnapsflasche kreiste in den Gruppen der Ausständigen, Militär wurde aufgeboten, noch im Jahre 1889, bei dem damaligen großen Bergarbeiterausstand im Ruhrgebiet wurde in den Straßen Bochums vom Militär scharf geschossen. Einen großen Ausstand ohne Unruhen und Blutergießen konnte man sich fast gar nicht denken.

So die Kölnische Zeitung. Selbstverständlich sind das scharfmacherische Phantastereien. Zugegeben, daß es da, wo die Organisation noch nicht festen Fuß gefaßt hat und die Massen noch nicht geschult sind, bei Lohnkämpfen, Ausständen usw. ungeordneter und unruhiger hergeht, als da, wo die Organisation ihre erzieherische Wirkung hat ausüben können, so sind die Dinge nie so gewesen, wie sie die Kölnische Zeitung hinzustellen beliebt. Aber lassen wir einmal die Uebertreibungen, Entstellungen und Lügenbeuteleien des Scharfmacherblattes, die für jedermann erkennbar sind, beiseite und hören wir, was es im Anschluß an obige Sätze weiter sagt:

In kurzer Zeit hat sich auf diesem Gebiete unseres öffentlichen Lebens ein ungeheurer Umschwung vollzogen. Schon der Bergarbeiterausstand im Januar und Februar 1905, wo viele Wochen lang an 200 000 Bergarbeiter ausständig waren, verlief ohne nennenswerte Ausschreitungen. Militär war im Ausstandsgebiete gar nicht nötig, die von außen herangezogenen Polizeiaufgebote hatten im wesentlichen die Arbeitswilligen von und zu den Zechen zu begleiten, der Parole der Arbeiterführer: „Die Schnapsflasche aus den Taschen“ wurde überall Folge geleistet. Auch bei der jüngsten Massenausperrung im Baugewerbe war die Haltung der vielen Tausende ausgesperrter Arbeiter im großen und ganzen einwandfrei. Einzelne Ausschreitungen bei so großen Massen können nur die Regel bestätigen. Diese ruhige Haltung großer Massen ausständiger und ausgesperrter Arbeiter war auch in den letzten Wochen in den Kreisen Hagen und Schwelm zu beobachten. Als die Ausperrung der Gesamtbelegschaft am 1. Juli vorgenommen worden war, kam es in kleineren Orten der dortigen Metallindustrie zu geringen Reibereien und Ausschreitungen gegen polizeiliche Anordnungen, aber im allgemeinen verhielten sich die Massen der Ausgesperrten sehr ruhig. Als die Einigungsverhandlungen im Hagener Rathaus im Gange waren, warteten abends tausende Arbeiter auf dem Rathausplatz und den umliegenden Straßen auf den Ausgang, alle in ruhiger Haltung, jede Behinderung des Verkehrs vermeidend. Als nach 10 Uhr der Leiter der Verhandlungen, Regierungspräsident v. Bafe, das Rathaus verließ, machten die Arbeiter von selbst eine bequeme Gasse, ebenso den Vertretern der Arbeitgeber: kein Wort, keine Miene verriet die Erregung der Massen. Ebenso war es in den Einigungsversammlungen, wo in geheimer Abstimmung die unorganisierten Arbeitnehmer ihr Votum abgaben. Hier nahmen unbehelligt Vertreter der Arbeitgeber an den Versammlungen teil, und als ihre Abwesenheit bei der Aussprache der Arbeitnehmer erwünscht war und ihnen dies mitgeteilt wurde, konnten sie ohne die geringste Belästigung durch die dichtgedrängten Arbeiterscharen sich ruhig entfernen. Erwähnt muß allerdings werden, daß Polizei weit und breit nicht zu sehen war. Auf den, der die früheren Zeiten mit ihren gefährlichen öffentlichen Austritten miterlebt hat, und jetzt die Ruhe der einen ersten wirtschaftlichen Kampf durchsetzenden Arbeitermassen beobachten kann, macht dieser gewaltige Umschwung einen tiefen Eindruck. Dieser Umschwung ist einerseits erfreulich und andererseits zeigt er aber auch, daß die moderne Arbeiterbewegung an Tiefe gewonnen hat, und der Ernst und die Ruhe der Arbeiter lassen den Ernst und die Bedeutung solcher wirtschaftlicher Kämpfe nur noch scharfer hervortreten.

Je greulichere das Blatt die Verhältnisse von ehemals hingestellt hat, desto größer das Lob, das es damit der Arbeiterbewegung, vor allen Dingen der Sozialdemokratie spendet, deren politischer und gewerkschaftlicher Organisation dieser nach Ansicht der Kölnischen Zeitung so gewaltige Umschwung in der Haltung der Arbeiter einzig und allein zu danken ist. Wenn die Arbeiter früher wirt-

lich so ungebärdig, so roh und gemühtätig gewesen sind wie das nationalliberale Blatt meint, wenn anders wäre das zuzuschreiben, als denjenigen, die bis dahin sich als ihre Herren, als ihre Führer und Erzieher aufgespielt hatten: den Herren Unternehmern, die selbstherrlich wie über das wirtschaftliche, so über das politische und moralische Geschick ihrer Arbeiter schalteten? —

Und wenn jetzt auch in den härtesten und erbittertesten Kämpfen die Arbeiter ihre Ruhe wahren, derart, daß ihre Haltung selbst auf Scharfmachergemütern einen „tiefen Eindruck“ macht, so verdanken das die Arbeiter sich selber, ihrer Organisation, die sie gegen den Willen der Unternehmern durchgesetzt haben, ihrer Partei, die sie heute und in weite Zukunft noch gegen das Unternehmertum zu verteidigen haben.

## Die schlemmenden Arbeiter.

Im Vorwärts lesen wir: Eine freche und erbärmliche Verleumdung des deutschen Arbeiterstandes leitet sich das Regierungsorgan des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Gegenüber den Beschwerden der sozialdemokratischen Presse über die steigenden Lebensmittelpreise bringt sie die Dreistigkeit auf, die arbeitenden Familienväter ganz im Allgemeinen für die Kostlage der deutschen Arbeiterfamilien verantwortlich zu machen. Sie schreibt:

Die hohen Preise für Nahrungsmittel empfindet das Bürgertum nicht weniger als das Proletariat. Aber wie gut es der Arbeiterschaft trotz der Teuerung immer noch geht, davon kann man sich insbesondere auf Bauplätzen und in Schankwirtschaften überzeugen. Ob freilich die Familien der Bauhandwerker beispielsweise ebenso ausgiebig frühstücken wie das Familienoberhaupt, ist eine andere Frage. Und wenn dann zu Hause Schmalhans als Küchengehilfe herrscht, so ist es leicht und billig, die „goldgeschwollenen Parasiten“ und die „Blutsaugerfamarrilla“ dafür verantwortlich zu machen, daß Frau und Kinder hungern müssen.

Also die Klagen über den Lebensmittelwucher sind weiter nichts als Ausreden von Familienoberhäuptern, die ihren schönen Lohn vertrinken und veressen, Weib und Kinder aber hungern lassen. So sind nach dem Urteil des Berliner Regierungsblattes „beispielsweise“ die Bauarbeiter, aber nicht nur diese, denn ganz allgemein kann man ja in den „Schankwirtschaften“ sehen, „wie gut es der Arbeiterschaft geht“. Das Ausland, das die Neugierde des schizziösen Blattes mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, kann sich jetzt also das rechte Bild von dem durchschnittlichen deutschen Arbeiter machen als einem Tunichtgut und Trunkenbold, der seine Familie verkommen läßt. Diese verleumdende Beschimpfung von zwei Dritteln des deutschen Volkes verübt ein Blatt, das gewerksmäßig gegen die deutsche Sozialdemokratie die Anklage erhebt, sie schädige das Ansehen Deutschlands vor dem Ausland!

Um den Verdrehungen, die man gewiß versuchen wird, vorzubeugen, sei es gleich gesagt: wir behaupten keineswegs, daß es keinen Arbeiter gibt, der seine Familie vernachlässigt. Ganz gewiß gibt es auch unter den Arbeitern, wie in allen Gesellschaftskreisen, Leichtsinrige und egoisten und niemand hat etwas dagegen, wenn solche Leute an ihre Pflichten erinnert werden. Es ist aber eine Dreistigkeit, wenn das Regierungsblatt die Millionen ehrlicher Arbeiter und trefflicher Familienväter, die es in Deutschland immer noch gibt, mit ein paar ausgefallenen Liederjahren auf eine Stufe stellt und heuchlerisch ruft: „So sind sie alle!“

Es gibt bekanntlich hoch- sehr hochgeborene Herren, die ihre Burtschanden. Es gibt Angehörige des „ersten Standes“, die das Haus ihres Vorgesetzten zum Bordell machen, und andre wieder, die ihre Geliebten und Kinder hungern lassen und sich gegenseitig von der Alimentationspflicht freischwören. Ist es deshalb jemand eingefallen, zu sagen, das ganze Korps sei ein Bordell und eine Gesellschaft zur gegenseitigen Versicherung gegen unerwünschte Vaterpflichten? Alle Fürsten und Zugehörigen der höchsten Gesellschaftskreise seien Homosexuelle und Meideidige? Ach, wer sich dazu hinreißten ließe, in der Hitze des Gefechts derartige über das Ziel hinauschießende unrichtige Behauptungen zu wagen, der würde sehr bald der liebevollen Fürsorge des Staatsanwalts verfallen! Gilt doch schon jede wahre und beweisbare Anschuldigung gegen Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen beinahe als halber Landesverrat!

Aber zwei Drittel des deutschen Volkes vor der ganzen Welt in der unsinnigsten Weise zu verleumden und sie des niedrigsten, unanständigsten Verhaltens zu beschuldigen, das ist nicht nur billig und erlaubt, es ist sogar patriotisch und wahrscheinlich sogar „national“. Die agrarische Deutsche Tageszeitung ist darum auch ganz begeistert und schlägt vor, den Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, gleich französischen Ministerreden, an den Mauern anschlagen oder als Flugblatt in die Massen werfen zu lassen. Diesem Wunsche des Agrarierblattes können wir uns nur anschließen. Besser kann dem Volke ja gar nicht gezeigt werden, von welchen edlen Gesinnungen die Leute erfüllt sind, die es regieren!

## Gleichberechtigung.

Es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil der Männer herabsehen auf die „unwissenden“ Frauen, die nach der Ansicht dieser Männer nur dazu geschaffen sind, am dem männlichen Geschlecht das Leben recht angenehm zu gestalten. Es ist ebenfalls eine Binsenwahrheit, daß unzählige Frauen das Demütigende einer solchen Stellung in der Gesellschaft gar nicht empfinden. Sie fühlen sich wohl in der Abhängigkeit vom Manne, der für sie arbeitet und alle Sorgen — wenigstens in pekuniärer Beziehung — in der Hauptsache auf sich nimmt. Jeder muß aber bei einem Blick auf unser heutiges Wirtschaftsleben ohne weiteres zugeben, daß der sorglos dahinlebenden Frauen immer weniger werden. In Arbeiterkreisen sind sie wohl überhaupt nicht mehr zu suchen; man findet sie nur noch in den sogenannten höheren Gesellschaftsklassen. Trotz der Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse, die jeder Hausfrau ein Rädchen Sorgen und Lasten nach dem andern auf die Schultern ladet, ist das Abhängigkeitsgefühl nicht im gleichen Maße geschwunden. Rechtsverhältnisse, Lebensgewohnheiten und Gebräuche ändern sich gewaltig langsam: sie passen oft lange nicht mehr in die Zeit hinein, in der sie noch Anwendung finden. Heute können wir auch überall die Beobachtung machen, daß die meisten Menschen, mehr als sie vielleicht zugeben wollen, am alten Hängen. Nur so können wir es verstehen, daß nicht nur Männer

das alte Abhängigkeitsverhältnis der Frau vom Manne noch als richtig anerkennen, nein, daß auch die Frauen sehr wenig Anstalten treffen, um sich aus diesem Verhältnis selbst zu befreien. Allein das Schicksal in Form der kapitalistischen Gesellschaft ist ein gewaltiger Herrscher, unaufhörlich wirft es größere Scharen von Frauen in das Erwerbsleben hinein, diese Frauen arbeiten nicht nur für sich, sondern teilweise noch für Mann und Kinder. Ganz von selbst wächst so das Selbstbewußtsein, das Vertrauen auf das eigene Ich. Allen diesen Frauen, die sehen müssen, daß das Kapital absolut keine so große Ehrfurcht vor dem männlichen Arbeiter besitzt, muß mit der Zeit auch das Bewußtsein aufdämmern, daß das Gebot: „Er soll dein Herr sein,“ keine Bedeutung mehr hat. So bildet sich nach und nach ein Gleichverhältnis heraus, Mann und Frau, die im Produktionsprozeß als Gleichwertige nebeneinander hergehen, gewöhnen sich daran, auch im sonstigen Leben sich als Gleichberechtigte zu betrachten. Dazu hat freilich auch die sozialdemokratische Lehre ihr reiblich Teil beigetragen, ohne sie wäre der Gedanke der Gleichberechtigung nicht so schnell in tausend und abertausend Köpfen befestigt worden.

Den Reaktionen aller Art ist die Gleichberechtigung der Frauen von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Alle Gesetze strömen heute noch von diesem Geiste aus. Das Weib hat in der Gemeinde zu schweigen!

Auch innerhalb der bürgerlichen Parteien denkt man nicht daran, den Frauen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zwar muß man sich hier und da dem Zuge der Zeit etwas anpassen, aber trotzdem jetzt auch in Preußen ein Vereinsgesetz herrscht, das nicht mehr die Frauen mit Kindern und Idioten auf eine Stufe stellt, ist es auch bei diesem „Etwas“ geblieben. Bei den Konservativen hat immer noch der Gedanke die Oberhand behalten, daß der Mann ein höher stehendes Wesen ist, das allein zu gebieten hat. Der Gedanke der Gleichberechtigung will diesen Herren gar nicht in den Kopf hinein. Ihr Herrscherstandpunkt ist so stark ausgeprägt, daß nach ihrer Meinung dann, wenn der Mann die Zügel etwas looser läßt, die Frau unbedingt die Herrschende werden muß. Sie können es nicht begreifen, daß es den nach Rechten strebenden Frauen gar nicht in den Sinn kommt, Vorrechte zu verlangen. So ist es direkt eine Verdrehung oder Verfertigung von Tatsachen, wenn oft von einem schließlich hereinbrechenden Weiberregiment die Rede ist. Sollte es solche Angstmeter auch noch vereinzelt in der Sozialdemokratie geben, so müssen diese eines Besseren belehrt werden. Bei den leitenden Instanzen ist die Gleichberechtigung kein leerer Wahn, seit dem Anschluß der Genossinnen an die Wahlvereine ist alles getan worden, um auch dem Buchstaben in der Wirklichkeit Geltung zu verschaffen. Wenn die Zahl der weiblichen Mitglieder, obgleich sie gewaltig gestiegen ist, immer noch weit hinter der Zahl der männlichen Mitglieder zurücksteht, so liegt das an dem Umstande, daß auch in unsern Kreisen viele Frauen noch in dem alten Abhängigkeitsgefühl befangen sind und es nicht für nötig halten, sich in die Reihen der Kämpfer zu stellen, daß andererseits die Männer es mit der Gleichberechtigung nicht sehr ernst nehmen, oder diesen Gedanken nur bis zu einem gewissen Grade gelten lassen. Viele von

ihnen ahnen nicht, was eine aufgeklärte, kluge Frau für einen Schatz im ehelichen Zusammenleben der stumpf dahinlebenden Frau gegenüber darstellt. Darum können wir unsern Genossen nur raten, dieses Ueberbleibsel, das ihnen aus der bürgerlichen Anschauungsweise anhaften blieb, abzustreifen, den Frauen dagegen muß ans Herz gelegt werden, energisch die alten Fesseln zu sprengen, sich als frei und gleich dem Manne gegenüber zu fühlen, dann muß schließlich auch der Druck der bürgerlichen Gesellschaft weichen. Man wird es nicht länger wagen, unsern energischen Forderungen ein striktes Nein entgegenzusetzen. In unserer Zeit brauchen wir nicht nur Männer, die den Willen haben, das alte Joch zu zerbrechen, wir brauchen alle Unterdrückten zum gemeinsamen Aufmarsch, also auch die Frauen, die am meisten gedrückt sind.

### Kinderarbeit in der Landwirtschaft.

In den letzten Jahren ist die gewerbliche Kinderarbeit wesentlich beschränkt worden. In der Landwirtschaft ist dagegen noch bis heute die schrankenlose Ausbeutung der Kinder gestattet. „Lasset die Kindlein zu mir kommen,“ sagen die Unternehmer in der Landwirtschaft mit dem Bibelwort, das heißt: zum Rübenziehen, Kartoffelhacken und andern schweren Arbeiten mehr. Preußen und Deutschland wird von den Wortführern der Grundbesitzer, den Junkern und Pfaffen, beherrscht. Deshalb arbeitet einer dem andern in die Hände, wenn billige Arbeitskräfte gebraucht werden.

Man lese, was ein schlesischer Lehrer in der Preussischen Lehrerzeitung schreibt:

In S., dem Ritterfide eines bürgerlichen Großagrars, 15 Kilometer von Breslau, werden Kinder zum Rübenziehen gebraucht. Da mit vierzehn Tagen Urlaub wenig anzufangen ist, müssen es schon mindestens drei Wochen sein. Der Urlaub wird also von dem hierzu allein zuständigen geistlichen Kreisinspektor besorgt und von dem ebenfalls geistlichen Ortschulinspektor erhält der Lehrer eines Tages folgendes Schreiben:

„Der königliche Kreisinspektor hat genehmigt, daß folgende 14 Kinder (folgen die Namen) drei Wochen, mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend, beurlaubt sind.“

Und während nun der Lehrer drei Wochen lang mühsam vor der Hälfte seiner Schüler steht, frönen die 14 von morgens 5 bis abends 7 Uhr im Sonnenbrand auf dem Felde für bare 50 Pfennige. Die Eltern, die mehr oder weniger abhängig sind vom Gutsherrn, wagen nicht, ihre Kinder zurückzuhalten. Verwundert muß man sich fragen, wie so etwas überhaupt noch möglich ist. In Ministerialerlassen ist wiederholt gefordert worden, „die Befreiungen vom Unterricht zu beschränken oder doch auf ein verschwindendes Maß herabzumindern“ und eine größere Regelmäßigkeit des Unterrichts zu erstreben. Wie soll der Lehrer sein Ziel erreichen, wenn drei Wochen lang die halbe Klasse fehlt! Und die Fehlenden sind nicht gerade die Besten. Die Sache liegt so, daß die wenigsten Geistlichen die Verfügungen der Regierungen kennen, und wenn sie sie kennen, handeln sie nicht immer danach. Und gegen den Geistlichen im Bunde mit dem Gutsgewaltigen ist der Lehrer machtlos. Die Arbeit des Rübenziehens ist aber auch für die Kinder mit Gefährdung ihrer körperlichen Gesundheit verbunden. Aus Brieg in Schlesien, Bezirk Breslau, wird geschrieben: Alle Tage kommen von nahen Gütern Wagen nach der Stadt, um Schulkindern zum Rübenziehen abzuholen. Am 9. Juni war auch eine Schar Mädchen in Jägerndorf bei Zossen beschäftigt. Bei der Nach-

hausfahrt auf dem Leiterwagen fiel die zwölfjährige Tochter eines Maurers aus Brieg gerade in dem Augenblick herab, als die Pferde anjagen. Das Rad ging dem Kinde über den Kopf, so daß es sofort tot war. In demselben Tage waren auch die Dominikinder der Herrschaft Zossen beim Rübenziehen gewesen. Als die Kinder zur Heimfahrt auf dem Leiterwagen gestiegen waren, fiel beim Anrücken der Pferde ein Knabe herab und kam unter das Rad. Ihm wurde der rechte Arm furchbar zerquetscht.

Ähnliche Fälle lassen sich zu Dutzenden aufzählen. Leider erfährt man nur selten die Namen solcher „edlen“ Kinderfreunde und ihrer Helfershelfer, der Geistlichen, um sie immer wieder öffentlich an den Schandpfahl zu stellen.

### Literarisches.

**Der Sozialismus und die soziale Revolution.** Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Heft 4 der Großhändlerfirma Parvus: Der Klassenkampf des Proletariats. Preis 25 Pf. Zur Charakterisierung des Inhalts geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder:

Der kapitalistische Staat. Die Herausbildung des kapitalistischen Großstaats. Der Staatsbedarf und die Produktion. Der Großstaat und der Kapitalmarkt. Der Staat als Geschäftsmann. Parteipolitik und Staatspolitik. Die Verstaatlichungen. Der kapitalistische Weltfrieden — Interessenkämpfe und politische Parteien. Die kapitalistischen Interessengruppen. Die moderne Bourgeoisie. Der politische Einfluß der Börse. Die Konsumentenkämpfe. Die Expropriation des Unternehmertums. Der Rentnerstaat. Die Börse und die Agrarier. Die Verelendung des Bauerntums. Die Lebensmitteltrusts und die Landwirtschaft. Die Bauerninteressen und das moderne Bauerntum. Börselob und die Kapitalistenklasse. — Das Proletariat und die Staatsgewalt. Massenbedürfnisse und Massenkultur. Das Proletariat und die Bourgeoisie. Die Bergesellschaft der Produktion in ihrem wirtschaftlichen und politischen Ideengehalt. Die Verstaatlichung der Banken. Die soziale Revolution eine politische Machtfrage. Die Klüfflungen vom letzten Kampfe. Kein Gegensatz zwischen dem Minimum- und dem Maximumprogramm. Der Kampf mit kombinierten Waffen. Die wirtschaftlichen Folgen des Massenstreiks. Politische Gärung und Desorganisation des Staates. Börsenpanik und ein Chaos politischer Kämpfe. Das Ausland und der Massenstreik. Die Gewaltpolitik des Staates. Die Armee und die Massenbewegung. Die Widerstandskraft des Proletariats. Kampftaktik und Kampfpotenzien. Nicht revolutionäre Zurüstung, sondern soziale Erweiterung der Kämpfe. Europa und die kapitalistischen Weltkämpfe. Die proletarische Entwicklung und die soziale Revolution.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporture.

In Freien Stunden. Heft 28 und 29 liegen vor und bringen die Fortsetzung des in Heft 17 begonnenen Romans von Th. S. Gaine: Der rote Jason sowie des Romans: Eigene Kraft von Mennie Kennison. Neuzugestretene Abonnenten erhalten die ersten Hefte nachgeliefert. Bestellungen zum Preise von 10 Pf. pro Heft nehmen alle Buchhandlungen, Kolporture und Speditionen entgegen. Probenummern gratis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Vom Wahren Jakob ist soeben die 16. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

# Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

## Gauleiter-Gesuch.

Für den Gau Heidelberg wird zum baldigen Antritt ein Gauleiter gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt 2000 Mk. pro Jahr, steigend jährlich um 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. Außerdem zahlt der Verband die Hälfte der Beiträge für den „Verein Arbeiterpresse“ (Unterstützungsvereinigung), die Beiträge für den „Invalidenversicherung und ein Drittel der Beiträge für Krankenversicherung.“ Die Bewerber, die der Tabakbranche angehören müssen, haben, unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Tabakarbeiterbewegung, bis zum 22. August d. J. einen kurzgefaßten Aufsatz über die Aufgaben eines Gauleiters an C. Deichmann, Bremen, Faulenstrasse 58/60, II., Zimmer 7, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen. [\*]

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

## Hermeking & Boy Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183 Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stielblatt 350, 400, 440  $\delta$ , hellfarb. Rollblatt à 300, 325, 350, 375, 400, 470, 475, 600  $\delta$  mattfarbiges Sandblatt à 325 u. 350  $\delta$  mittelfarbige Rollblatt à 250, 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500  $\delta$  Klein-Rollbl. à 180, 190, 200, 230  $\delta$  fahl Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 300  $\delta$  Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300  $\delta$  Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180  $\delta$  Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300  $\delta$  Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200  $\delta$  Brasil-Decke à 300, 350  $\delta$  Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160 Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170  $\delta$  Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400  $\delta$  Havanna in Mel. à 300, 350  $\delta$  Losguat garant. überseesisch, kerngesund, Umbl. u. Einlage 100  $\delta$  Uckermarkor à 95  $\delta$ , la 100  $\delta$  Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kaffe mit 3 Prozent Skonto.

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte viele moderne Fassons soeben wieder eingetroffen

Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16  $\delta$ , mit Rad 19  $\delta$ , ganz Eisen 26  $\delta$  Prasskasten zu 1000 Zigarren nur 550  $\delta$  Rollbretter 175, 200, Strohholz 300, 400  $\delta$  Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225  $\delta$  Arbeitsmesser v. J. A. Senfels 20, 30, 35  $\delta$  Laok, 8 Stangen 25 und 30  $\delta$  Papier, blau, ca. 40 Bogen 20  $\delta$ , rot 25  $\delta$  Band, 50 Meter von 60  $\delta$  an Ringe ff. nur 20, 25  $\delta$ , mit Porzträt 45  $\delta$  Eitketten von 35  $\delta$  per 100 Stück an Gummi Traganth à 175, 200 u. 250  $\delta$  p. Pfd. Amlac, engl., in Originalbüsch.  $\delta$  Origipreis.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.

Preise per Kaffe ohne Abzug. Versand unter Nachnahme!

Als ganz besonders wertvoll offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50  $\delta$ . — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.—  $\delta$ . — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80  $\delta$ . — Decke à 2.20  $\delta$ . — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50  $\delta$ . — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50  $\delta$ . — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50  $\delta$ . — Einlage à 1.40  $\delta$ . — Havanna à 2.60 u. 3.60  $\delta$ . — Cuba à 2.50  $\delta$ . — Prim. Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25  $\delta$ . — Elsässer à 98  $\delta$ . — Uckermarkor, lose Blätter à 96  $\delta$ , geschnürt à 1.05 u. 1.10  $\delta$ . — Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme. — Illustrierte Preisliste gratis und franko.

**Bernhard R. Müller**  
Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.  
Ältestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.\*

**Gebrauchtes seidenes Band**  
ff. geplättet  
10mal so billig wie neues  
per Pfund . . . . . 4.50 Mk.  
la. per Pfund . . . . . 5.— Mk.  
dasselbe unbedruckt . . . 6.— Mk.  
**L. Cohn & Co., Berlin N.**  
Brunnenstrasse 24.

**Rohtabak-Versandhaus  
H. Edling, Bremen**

empfiehlt folgende gute Tabake  
— zu niedrigen Preisen —

Sumatra-Decke à 170, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 310, 320, 360, 410, 450, 500.  
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 140, 150, 169  $\delta$ , Stückblatt à 130, 140, 150  $\delta$ .  
Java-Decke à 200, 220, 260  $\delta$ .  
Java-Umblatt à 125, 130, 140, 150, 160, 170.  
Vorstenland-Decke à 200, 220, 230, 240, 280, 290, 300  $\delta$ .  
Vorstenland-Umblatt à 140, 150, 160, 170.  
Brasil-Decke à 170, 180, 190, 200  $\delta$  (4-5 Pfd. deckend, schneeweißer Brand).  
Brasil-Einlage u. Umblatt à 115, 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160  $\delta$ .  
Mexiko-Decke à 200, 250, 300  $\delta$ .  
Mexiko-Umblatt à 120, 130, 140  $\delta$ .  
Havanna à 150, 160, 180, 200, 250, 300, 350.  
Yara-Cuba à 150, 160, 180, 200  $\delta$ .  
Carmen (rein Umblatt) à 110, 120, 130  $\delta$ , Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100, 105  $\delta$ .  
Domingo (rein Umblatt) à 105, 110, 120  $\delta$ , Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100  $\delta$ .  
Losguat (rein überseesisch) à 90, 95  $\delta$ .  
Gemischte Original-Tabake (rein überseesisch) à 100, 110  $\delta$ .  
Geschlittenen Brasil à 105, 110  $\delta$ .  
Geschlittenen Java à 100, 110  $\delta$ .  
Preise verzollt per Pfund. Versand unter Nachnahme. Kredit bei Aufgabe guter Referenzen.

**Max Jacoby Berlin, Stralitzer Str. 52.**  
Bekannt billige Preise.  
**Roh-Tabak.**  
la Crus 30, 60, 90, stets da, präp. faf. ff. Rip. 20, 3  $\times$  la Carm. 1 1/2, Bezotti, gr. 35. 1 1/2, amf. Einlage o. Rip. 1.35, la Domingo 1  $\delta$ , Gelgits-Decke, hell, à 3.25 statt 4.25 off. Kemmler Nfg., Breslau.

**August Thiel aus Wansen**  
um deine Adresse bittet dein Bruder Karl Thiel, zurzeit in Zwidau i. Sa., Neuhäuser Leipziger Straße 9.

**L. Cohn & Co., Berlin N.**  
Brunnenstrasse 24  
bieten bei  
**Neuanschaffungen**  
von  
**Wickelformen**  
eine riesenhafte Auswahl bei den denkbar grössten Vorteilen.  
**Franko-Versand durch ganz Deutschland.**  
Wiederverkäufer höchsten Rabatt.  
Ständiges Lager von über 30 000 neuen Wickelformen.  
Ständiges Lager von über 10 000 gebr. Wickelformen.  
Jedes Fasson stets am Lager.

**Rechtsstaat und Klassenjustiz**  
von Dr. Karl Liebkecht.  
Gegen Einwendung von 25 Pf. zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

**Kaninchenfänger!**  
Gut abgerichtete Jagdrettchen, gesunde, kräftige, fingerzähne Tiere, verkauft Stück für 7  $\delta$  exkl. Garantierter lebende Ankunft.  
**Karl Zastrow, Woltersdorf**  
bei Erkner, Linden-Allee 1.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. vial. Aerzte u. Prof. gratis u. franko.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.  
Kollegen, die den Aufenthalt des Zigarrenarbeiters **Richard Hengelhaupt**, geb. zu Havelberg, kennen, werden er sucht, dem 1. Bev. Karl Fingner, Dessau, Bahnhofstr. 26, denselben mitzuteilen. Er war zuletzt in Hamburg, soll sich jetzt im Ausland (Dänemark) befinden.

**Todes-Anzeigen.**  
Am 26. Juli 1910 verstarb unser Mitglied, die Kollerin **Ida Schlechte** aus Dresden, im Alter von 26 Jahren. Leicht sei ihr die Erde! Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Nach langem schwerem Leiden verstarb am 20. Juli unser langjähriges Mitglied **Marie Moser** im Alter von 40 Jahren. Leicht sei ihr die Erde! Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Jauer.

**Danksagung.**  
Für die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Detinghausen meinen tiefgefühlten Dank.  
Heinr. Steintühler.

**Briefkasten.**  
100 W., 80 Pf. — Dessau, 80 Pf. — Wansen, 50 Pf. — A. 3., 2 Mk.

# „Freunde“ des Reichstagswahlrechtes.

Das Zentrum. Daß das Zentrum alles andre, nur kein wirklicher Freund des Reichstagswahlrechtes ist, haben die Verhandlungen über den preussischen Wahlrechtswechsel bald genügend bewiesen. Trotzdem heucheln die Merkmalen, Verfechter dieses Wahlrechtes zu sein und rechnen dabei mit der Dummheit der indifferenten Masse. Der neue Zentrumskandidat für Marburg-Höxter, Prof. Dr. Spahn, ist nun aber täppisch genug, das offen zu sagen, was die andern seinesgleichen nur denken. In der Zeitschrift Hochland veröffentlicht er einen Artikel, worin er sich gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen ausspricht. Ja, er geht sogar noch weiter: er bekennet sich auch als grimmiger Feind jeder Demokratie. In dem Artikel heißt es:

Wenn Preußen morgen dahinschwände, wir würden es schwer vermissen. Gewiß entspricht die Staatsform des Reiches dem deutschen Volksempfinden mehr als die des preussischen Staates. Der demokratische Geist, der im Reiche weht, ist der Bevölkerung genehmer als der bürokratisch-autoritäre Preussens. Käme jener aber ausschließlich zur Herrschaft, so würde sich die Bevölkerung bald bewußt werden, daß auch ihm schwere Mängel anhaften. Heute leidet sie nur deshalb nicht unter ihnen, weil Preussens Eigenart sie ausgleicht. Wir haben in Deutschland keine politische Partei, die über die Mehrheit im Volke verfügt. Wer sollte unsere Führung übernehmen? Seidenschaftlicher Hader und Borurteile trennen die Volksmassen noch weiter voneinander. . . . In Wahrheit stehen in Deutschland die erst im Beginn ihrer Anstrengungen, welche die Massen „politifizieren“, sie zur regelmäßigen und aufmerksamen Wahrnehmung der öffentlichen Pflichten anleiten wollen. Ihr Erfolg steht noch völlig in Frage. Vieles ist seinerzeit durch die revolutionäre Gesinnung Preussens zerrüttet und hülflos ihnen aus falscher Wertschätzung bloßer Verfassungsformen gar dabei, so würde das deutsche Volk, der echte Bürgerfinn und das gleiche Recht aller den meisten Schaden davon leiden. Verfassungsformen gelten nur, wozu der Geist, der sie durchdringt, sie prägt. An dem starken und gerechten, dem politischen Geiste gebricht es der Demokratie des Zeitalters noch überwiegend. . . . Mit Preußen sanken alle Einzelstaaten in den Staub. Zwänge der Radikalismus heute dem preussischen Staat das Wahlrecht des Reichstags im Sturme auf, erschütterte er ihn dadurch bis ins Mark.

Diese Offenherzigkeit ist natürlich den führenden Zentrumsaguren recht unangelegen gekommen. Die Kölnische Volkszeitung gibt sich nun Mühe, der Spahnischen Offenherzigkeit eine möglichst harmlose Deutung beizulegen, indem sie schreibt:

Es will uns scheinen, daß die Blätter in der Freude über einen Agitationsbrocken, den sie gefunden zu haben glauben, ganz übersehen haben, daß sie den Worten des Professors Spahn eine Deutung gegeben haben, die man nicht als die unbedingt richtige bezeichnen kann. Nach unserer Meinung hat Professor Spahn gegen die Programmforderung des Zentrums auf Uebertragung des Reichstagswahlrechtes für Preußen nicht im geringsten Stellung genommen. In seinen Ausführungen befindet sich nicht der geringste Anhalt dafür, daß er der Einführung des Reichstagswahlrechtes auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen den verfassungsmäßig zur Gesetzgebung berufenen Faktoren widersprechen wolle. Das Zentrum will nur auf diesem Wege das gleiche und geheime Wahlrecht für Preußen erlangen. Wenn Professor Spahn meint: es werde der preussische Staat bis ins Mark erschüttert werden, wenn ihm von dem Radikalismus das Reichstagswahlrecht im Sturme aufgezwungen würde — so können wir diese Worte nur unterschreiben, denn sie befragen nur, daß es ein Unglück sein würde, wenn der Radikalismus durch revolutionäre Tumulte eine Einführung auf dem Wege des Zwanges herbeiführte. Die zum Besten des Reiches nur aus der freien Entschliebung der gesetzgebenden Faktoren heraus gesehen darf. Da wir jetzt auf dem Boden der Verfassung stehen und eine ruhige, natürliche Entwicklung der politischen Verhältnisse wünschen, so können wir in der Tat in einer erzwungenen Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen keinen Segen erblicken, ja wir müßten sogar den Versuch solchen Zwanges direkten Widerstand entgegenzusetzen. Das hindert aber gewiß nicht, daß wir grundsätzlich die Einführung des Reichstagswahlrechtes fordern und auf legalem Wege zu der Erfüllung dieser Forderung hinarbeiten. Wenn man in gegnerischen Kreisen eine solche Stellungnahme nicht verstehen kann, so ist das bedauerlich; aber wahrscheinlicher ist, daß man sie nicht verstehen will, und das ist noch bedauerlicher.

Das Zentrum ist also nur für die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes zu haben, wenn die preussische Regierung so gütig ist, es dem Volke freiwillig zu gewähren, und die Junker, die das preussische Abgeordneten- und Herrenhaus heute beherrschen, sich aus wütenden Feinden der Demokratie zu ihren begeistertsten Freunden entwickeln. Sobald das Volk selbst seine Rechte heischt, ist das ein Unglück für den Staat und das Zentrum wird einem solchen Beginnen den entschiedensten Widerstand entgegensetzen.

Kürzer gesagt: Wir fordern das Reichstagswahlrecht im Programm, weil wir Röder für die Wähler brauchen; aber wir denken gar nicht daran, nun auch ernstlich dafür einzutreten, denn wir wollen es ja gar nicht; wir verzichten also auf den Weg „freier Vereinbarung“ und sind nach beiden Seiten gedeckt. Die kommenden Reichstagswahlen werden zeigen, wie lange dem Zentrum dieses Spiel noch glückt, wie lange sich die Arbeiterscharen noch von den Verbündeten der Junker als Stimmvieh wollen gebrauchen lassen.

**Die Nationalliberalen.** Das nationalliberale Mitglied des preussischen Herrenhauses, Dr. Reinke, sprach sich in einem Artikel des Tags, der von der zweckmäßigen Umgestaltung des preussischen Landtagswahlrechtes handelt, über das Reichstagswahlrecht folgendermaßen aus:

„Das Reichstagswahlrecht ist nicht nur darum tabulenswert, weil die Stimmen bloß gezählt und nicht gewogen werden, weil bei ihm der Zufall häufiger den Ausschlag gibt als bei andern Wahlverfahren, sondern ganz besonders darum, weil in ihm schon für die Wahl der Abgeordneten lediglich die brutale Majorität entscheidet. Darum ist der Reichstag gar keine wirkliche Volksvertretung, sondern eine Majoritätsvertretung der Wahlkreise.“

Es wird gut sein, sich dieser „Wertschätzung“ des Reichstagswahlrechtes durch einen Nationalliberalen zu erinnern, wenn bei der nächsten Reichstagswahlkampagne den Wählern von nationalliberaler Seite vorgeschwindelt wird, daß die Nationalliberalen das Reichstagswahlrecht als ein unantastbares Gut des Volkes gehütet wissen wollen.

## Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

# Uereinstell.

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Silken, Altona-Ottensen, Scheel-Pfeifenstraße 1, I., zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

### An die Bevollmächtigten!

Wir richten an die Bevollmächtigten des Verbandes das dringende Ersuchen, dem unterzeichneten Vorstande bis zum 22. August d. J. Mitteilung darüber machen zu wollen, wie viele Exemplare des Protokolls der Braunschweiger Generalversammlung sie für ihre Zahlstelle benötigen. Bestellungen, die nach diesem festgesetzten Termin einlaufen, bleiben unberücksichtigt.

Der Preis des Protokolls beträgt 10 Pfg. à Exemplar.

## Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikarier betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 1. bis 6. August d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 9. August, eingekandt werden.

Als verloren wurde gemeldet:

Die Wanderkarte, lautend auf August Beining aus Bielefeld, geb. am 2. 5. 46, aufgen. am 23. 9. 1900, Buch S. II, Nr. 11331. Die Wanderkarte ist am 25. 6. 10 in Neuhaus a. E. ausgestellt mit einem Anspruch auf 31 Tage, à 1.20 Mk., Arbeitslosenunterstützung. Die Wanderkarte ist im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und hierher einzufenden.

Den Aufenthaltsort anzugeben wird ersucht:

Von dem Zigarrenmacher Karl Fischer, letzter Aufenthalt ist Jüterbog gewesen.

Von dem Zigarrenmacher Johannes Ristebt aus Doesburg i. Holland, geb. am 24. 12. 74.

Von dem Zigarrenmacher Peter Houffe aus Luxemburg.

## Abrechnungen für das 2. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 26. Juli bis 1. August bei uns ein:

Vom 1. Gau: Rostock, Rendsburg, Parchim, Elmshorn; 2. Gau: Schönhagen, Hildesheim; 4. Gau: Kassel, Norderheim, Mühlhausen, Gertrudbach, Helmarshausen, Eisleben; 5. Gau: Babbenhausen, Bochum, Lübbecke, Jentstätt, Köhne, Herford, Hünnebrock, Dsnabrück, Hohenhausen, Dünne, Rehme, Bünde, Kirchlegern; 6. Gau: Krefeld, Köln, Geldern, Mörs; 7. Gau: Griesheim, Dietzheim, Köbjen-Trohe, Frankfurt a. M., Viebrich; 9. Gau: Haslach, Mürrenberg, Emmendingen; 10. Gau: Gera, Ronneburg, Weida, Apolda, Kreuzburg, Cönnern; 11. Gau: Deberan, Stötteritz, Baugen, Frohburg, Chemnitz, Hähnchen, Jüttau; 12. Gau: Langenfelde, Girsberg, Glatz, Schönlanke, Sprottau; 13. Gau: Birtenberge, Lübben, Kottbus, Dreieck, Frankfurt a. O., Landsberg, Sommerfeld, Schmiedau, Müngenberg, Nauen, Guben.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 26. Juli bis 1. August 1910 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
24. Juli. Elsterwerda . . . . .	20.—
25. Forst . . . . .	50.—
25. Hohenhausen . . . . .	55.58
25. Frankfurt a. O. . . . .	150.—
25. Kassel . . . . .	30.—
25. Neuenkirchen . . . . .	50.—
25. Bünde-Gunnigloh . . . . .	400.—
25. Dünne . . . . .	120.—
25. Redarhausen . . . . .	100.—
25. Randel . . . . .	20.—
25. Driefen . . . . .	76.—
25. Frohburg . . . . .	50.—
25. Baugen . . . . .	150.—
25. Krefeld . . . . .	50.—
25. Helmarshausen . . . . .	184.19
25. Schönhagen . . . . .	50.—
25. Rostock . . . . .	150.—
25. Derlinghausen . . . . .	170.—
26. Greiz . . . . .	40.—
26. Chemnitz . . . . .	100.—
26. Dietzheim . . . . .	90.—
27. Nordhausen . . . . .	800.—
27. Rendsburg . . . . .	250.—
27. Dsnabrück . . . . .	150.—
27. Viegnitz . . . . .	100.—
27. Frankenberg i. E. . . . .	800.—
28. Apolda . . . . .	100.—
28. Juli. Trebbin . . . . .	200.—
28. Hähnchen . . . . .	300.—
28. Neuhaus a. E. . . . .	180.—
28. Herford . . . . .	200.—
28. Deuben . . . . .	900.—
29. Connewitz . . . . .	4.99
29. Berlin . . . . .	400.—
29. Rehme i. W. . . . .	200.—
29. Jwidau . . . . .	50.—
29. Sprottau . . . . .	100.—
30. Köbjen-Trohe . . . . .	7.56
30. Gadersleben . . . . .	200.—
30. Großenhain . . . . .	100.—
30. Glatz . . . . .	130.—
30. Drögn a. Rh. . . . .	130.—
30. Walldorf . . . . .	200.—
30. Offenburg i. V. . . . .	100.—
30. Elgersweier . . . . .	70.—
30. Cönnern . . . . .	140.—
30. Goch . . . . .	200.—
30. Keiltingen . . . . .	70.—
31. Eisleben . . . . .	50.—
31. Mörs a. Rh. . . . .	15.—
31. Zeitz . . . . .	250.—
31. Müllenberg . . . . .	50.—
31. Nauen . . . . .	200.—

### B. Freiwillige Beiträge:

30. Juli. Gadersleben, M. Christensen . . . . . 10.—

### C. Für Annoncen:

30. Juli. Elgersweier, E. Kaufmann . . . . . —.90

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.

Bremen, den 1. August 1910.

W. Nieder-Belland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für Berlin: Ludwig Walter als 1. Bev., Alwin Schulze als 2. Bev., Rob. Krumnow als 3. Bev.; Wilh. Mens, Paul Katakajak, Marie Dittme, Wilh. Doerner als Kontrolleure.

Für Eisenberg: Otto Degner als 1. Bev., Paul Heineke als 2. Bev., Emil Bollmann als 3. Bev.; Karl Holst, S. Geidel, Fr. Bollmann als Kontrolleure.

Für Gera: Gust. Boffe als 3. Bev.; E. Münzert, S. Alimke als Kontrolleure.

Für Jauer: Eduard Schwedler als 1. Bev.

Für Kyritz: Emil Schlegel als 1. Bev.

Für Nürnberg: Gust. Michel als 1. Bev.

Für Oettinghausen: Ernst Kirchhoff als 2. Bev.

Für Ronneburg: Alwin Schröder als 1. Bev.; Heinz Fischer als Kontrolleure.

## Adressen-Henderungen:

Für Barntrup: Alle Zuschriften sind an G. Dykmann, Burgstraße 229, zu richten.

Für Berlin: Der 1. Bev. Ludwig Walter wohnt Beisenburger Straße 75. — Der 2. Bev. Alwin Schulze wohnt Christinenstraße 4, Hof I.

Für Genth i. Schl.: Wilhelm Dzubala wohnt jetzt Breslauer Straße 71, Hinterhaus.

Für Dresden: Der 1. Bev. Moritz Pietzsch wohnt Dresden-A. 10, Terrassenufer 24.

Für Jauer: Der 1. Bev. Eduard Schwedler wohnt Blücherstraße 16, II. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.

Für Kyritz: Der 1. Bev. Emil Schlegel wohnt Holzhauser Straße 35.

Für Minden: Der 1. Bev. W. Schlomann wohnt Königstraße 135.

Für Nürnberg: Der 1. Bev. Gustav Michel wohnt Scheurlstraße 8.

Für Oettinghausen (Kreis Herford): Der 2. Bev. Ernst Kirchhoff wohnt Nr. 131.

Für Ronneburg: Der 1. Bev. Alwin Schröder wohnt Schießgasse 4.

## Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Berlin: Durch Alwin Schulze bei Grande, Weinstraße 11. An Wochentagen von 10 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags.

In Eisenberg: Durch den 2. Bev. Paul Heineke, Leipziger Straße. An Wochentagen von 6 1/2 bis 8 Uhr abends. An Sonntagen und Festtagen von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

In Kyritz: Durch Emil Schlegel, Holzhauser Straße 35. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags.

## Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In Keiltingen: Sonntag, den 7. August, nachmittags 4 Uhr, im Pfälzer Hof. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Referent: Gauleiter Krohn.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Varmbe: Montag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gellmann, Bartholomäusstraße 1. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung. 3. Wahl eines Ausschußmitgliedes. 4. Verschiedenes.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Hohenheim: Sonnabend, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Jähringer Hof. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig. 2. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Brake (Lippe): Sonntag, den 14. August, nachmittags 2 Uhr, bei Heimbacher. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Hunnebrock: Sonntag, den 14. August, nachmittags 3 Uhr, beim Gastwirt Fischer in Wersen. Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Kartellbericht. 4. Bericht von der Generalversammlung. 5. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

## Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den 1. Gau: Altona-Ottensen: F. Henke, Schulstraße 9, I.

Für den 2. Gau:

Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den 3. Gau:

Braunschweig: Kuhstraße 5, part.

Sprechstunde: Wochentags von 10 bis 12 Uhr vormittags und 5 bis 6 Uhr nachmittags. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

Alle arbeitslosen Mitglieder dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den 4. Gau:

Nordhausen: Verbandsbureau, Wolfstraße 14.

Für den 5. Gau:

Bielefeld: Alb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.

Für den 6. Gau:

Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.

Für den 7. Gau:

Gießen: Heinrich Günther, Föderstraße 26, II.

Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar.

Pfungstadt: Christian Stodt, Zieglerstraße 41.

Umfassend den Bezirk Rheinheffen und Provinz Starkenburg.

Hannau: Konrad Gräbener, Nordstraße 56.

Umfassend die Kreise Hannau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg (Königreich Bayern).

Für den 8. Gau:

Heidelberg: Johs. Krohn, Bergheimer Straße 89.

Für den 9. Gau:

Stuttgart 13: Ad. Heising, Florianstraße 8, I.

Für den 10. Gau:

Erfurt: Reinhold Lanfenburg, Komthurgasse 6, Strß.

Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

Für den 11. Gau:

Dresden-A.: Franz Schmidt, Ritzbergstr. 2, II, Zimmer 23.

Für den 12. Gau:

Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.

Jauer: Heinrich Zielich, Kassierer, Vollenhainer Straße 19.

Für den 13. Gau:

Berlin: NO., Weinstraße 11.

Sprechstunde: 10 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Genth i. Schl. Reiseunterstützung wird nur an Kollegen ausgezahlt, welche am Ort in Arbeit treten.

Heidelberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß ich Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung nur Sonntag 3 von 2 bis 3 Uhr in meiner Wohnung, Zieglerstraße 50, ausbezahle. Arbeitslosenunterstützung wird nur für Mitglieder, welche am Ort in Arbeit standen, ausgezahlt. Karl Reichel, 2. Bev.\*

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamborg-Uhlenhorst, Mozartstraße 5, I.

Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.

Schiedsgericht: L. Dehand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Mannheim 50.—, Oepeln 75.—, Görlitz 46.—, Ohlau 100.—, Wigenhausen 100.—, Kiel 60.—, Bergedorf 40.— Mk.

Sterbekasse: Babbenhausen 21.—, Osterode 24.15, Südlengern 12.20, Oepeln 28.—, Rothenburgsort 30.36, Stuttgart 16.33, Görlitz 53.13, Ohlau 125.55, Kiel 4.15, Durlach 11.50, Bergedorf 12.—, Halbau 6.55 Mk.

Zuschüsse: Südlengern 100.—, Zeitz 45.— Mk. Krankengeld: 64.67 Mk. Hamborg, den 1. August 1910. E. Otto.

# Heinrich Franck

Berlin N. 54  
 :: Brunnen-  
 Strasse 185

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

## 1908<sup>er</sup> Uckermärker Tabake

sehr blattig, leicht, wirklich gutschmeckend,  
 tadellos brennend, vorteilhaftestes Füllmaterial.

Direkter Einkauf und eigene Fermentation nur feinsten Ortschaften.

Ich führe nur rein Uckermärker Tabake, keinen Altmärker usw.

Nr. 1526	1908er Ernte, brauchbare, jedoch dunkel fermentierte blattige Einlage	Mk. 0.85	versteuert
„ 1583	1909er Ernte, sehr leichte Einlage, sehr blattig, hell, vorzügl. Geschmack	„ 0.90	„
„ 1514	1908er Ernte, Einlage mit Umblatt, sehr leicht, feinsten Brand und Geschmack, gross	„ 0.96	„
„ 1515	1908er Ernte, Umblatt mit Einlage, 1. Länge, sehr viel Blatt	„ 1.00	„
„ 1516	1908er Ernte, sehr viel Umblatt, das feinste der ganzen Ernte, leicht u. zart	„ 1.05	„
„ 1527	1908er Ernte, aussortiertes Umblatt mit nur wenig Einlage, <b>ungemein blattig</b> und sehr vorteilhaft, leicht und zart	„ 1.15	„

Von Uckermärker kann jedes beliebige Quantum bezogen werden.

**Wichtige Aenderung der Zollbestimmungen!**  
**Erleichterung im Bezuge der Tabake!**  
 Vom 1. Juli ab dürfen von verzollten ausländischen Tabaken pro Woche (das heisst jedesmal von Sonntag bis Samstag) bis 300 Pfund an einem Besteller abgegeben werden, jedoch von einer Tabaksorte nicht mehr als 60 Pfund pro Woche. (Jede Nummer meines Kataloges ist eine besondere Sorte.) Das Wochenquantum von 300 Pfund darf jetzt auch auf einmal bestellt und versandt werden.  
 Der Versand von deutschem Tabak unterliegt nach wie vor keiner Beschränkung.

### Carmen:

Nr. 1472	Trockene blattige Einlage	Mk. 1.05	verzollt
„ 1345	Sehrvorteilhafter Aufarbeiter	„ 1.20	„
„ 1311	Prachtvolles Umblatt, Sandblatt, leicht, zart, edel, hochfeiner Geschmack	„ 1.45	„

### Domingo:

Nr. 1473	Alte trockene saure Einlage	Mk. 1.05	verzollt
„ 1314	Sehr blattiger Aufarbeiter, alter Mocca	„ 1.10	„
„ 1366	Wunderschönes, zartes, riesig blatt. Umblatt, feinst. Gewächs	„ 1.45	„

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 36 Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500  $\delta$ .  
 Sumatra-Umblatt (Sollblatt) 155, 180  $\delta$ . Java- und Vorstenland-Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320  $\delta$ . Mexiko-Decker, enorm deckfähig und zartblattig, allerfeinste Gewächse und schneeweiss im Brand, 300, 350, 400, 430  $\delta$ . Mexiko-Umblatt 150  $\delta$ . Java-Umblatt 130, 155, 160  $\delta$ . Java-Umblatt und Einlage 95, 105, 110  $\delta$ . St. Felix-Brasil-Decker 190, 215  $\delta$ , deckt mit 4 Pfund, brennt schneeweiss, egale braune Farben. St. Felix-Brasil-Umblatt 160, 170  $\delta$ . St. Felix-Brasil-Umblatt und Einlage 120, 140, 150  $\delta$ . Domingo-Umblatt 90, 95, 100, 110, 120  $\delta$ . Carmen-Umblatt 100, 105, 110, 120  $\delta$ . Seedleaf-Umblatt 110, 120  $\delta$ . Portorico-Decker, brennt schneeweiss, 130  $\delta$ . -Einlage 100  $\delta$ . Havanna-Einlage 200, 250, 300  $\delta$ . Yara-Cuba 200, 220  $\delta$ . Losgut aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt, 100, 105, 110  $\delta$ .

Wickelformen (neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150  $\delta$ . Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franco.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50  $\mathcal{M}$ . Gummi-Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfund 250  $\delta$ , bei Abnahme von Postfolli à 9/10 Pfund netto à 240  $\delta$ . Zigarrenband, feinste gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160  $\delta$ .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

### Bei Blutarmut, Bleichsucht,

blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten (Operationen, Wochenbetten usw.), Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten usw. werden warm empfohlen Trankturen im Hause mit

### Ramscheider Stahlbrunnen.

„In allen Fällen haben wir die Symptome der Chlorose (Bleichsucht) sehr bald verschwinden und einem körperlichen und geistlichen Wohlbefinden Platz machen, das um so schneller eintrat, je schwerer die einzelnen Fälle waren. Die Patienten erholten sich merkwürdig schnell. Odeme und Schmerzen in den Füßen verschwanden, der Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen ließen nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfreudigkeit Platz.“ — „Ich teile Ihnen mit, daß ich bei den verschiedenen Erkrankungen des Magens, auf nervöser Grundlage hasterend, Ihr Wasser mit gutem Erfolg angewandt habe und dasselbe seit mehreren Jahren in vorkommenden Fällen gern empfehle.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnen kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW 77.

## Licht ist Macht oder: Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs?

Zu beziehen gegen Einsendung von 35 Pfg. in Briefmarken portofrei durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Java-Sumatra linschell per Pfund 2.70  $\mathcal{M}$   
 Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60  $\mathcal{M}$   
 Diese Tabake brennen tadellos und decken mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.  
 Kottbuser Straße 4.

### 10 gebr. Formenpressen

gut erhalten, à 3, 4 und 5  $\mathcal{M}$ . offerieren  
 L. Cohn & Co., Berlin N.  
 Brunnenstraße 24.

## Brinkmeier & Co. Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle empfehlen als gut und preiswert  
 Sumatra-Decker 180, 215, 220, 270, 300, 340, 425, 450, 600  $\delta$ .  
 Sumatra-Umblatt 160, 170, 180  $\delta$ .  
 Vorstenlanden-Decker 225, 280, 320  $\delta$ .  
 Java-Decker 220, 250, 360  $\delta$ .  
 Java-Einlage u. Umblatt 100, 105, 110, 125, 135, 150, 170, 180  $\delta$ .  
 Brasil-Decker 200, 210, 225, 240  $\delta$ , alles vorzüglich weiß brennend.  
 Brasil-Einlage und Umblatt 130, 135, 150, 160, 170  $\delta$ .  
 Carmen 100, 110, 125, 130, 150  $\delta$ .  
 Domingo 100, 110, 115, 130  $\delta$ , alles trockene, saure Tabake.  
 Havanna-Einlage 170, 275  $\delta$ .  
 Yara Cuba 190  $\delta$ , hervorragende Qualität.  
 Seedleaf-Umblatt 145, 155  $\delta$ , flotter, geschlossener Brand.  
 Kentucky 130, 150, 160, 170  $\delta$ .  
 Virginy-Umblatt und Deckblatt für Festerreicher u. Vrijfago 150—180  $\delta$ .  
 Losgut 95, 100  $\delta$ , allerbeste Ware, sehr preiswert, meist Umblatt.  
 Preise verstehen sich per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.  
 Versand unter Nachnahme.

### Gummi Traganth

helle tadellose ergiebige Ware  
 per 1/2 Kilo 2.50  $\mathcal{M}$ .  
 stets am Lager bei  
 L. Cohn & Co., Berlin N.  
 Brunnenstraße 24.

Telephon 11358.

Telephon 11358.

## Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfiehlt als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 220, 240, 250, 260, 280, 300, 340, 330, 410, 500  $\delta$ .  
 Sumatra-Umblatt à 160, 175  $\delta$ .  
 Vorstenlanden-Decker à 200, 250, 310, 320, 400, 500  $\delta$ .  
 Java-Umblatt à 145, 150, 160, 170, 175, 180, 185  $\delta$ .  
 Java-Einlage à 105, 110, 115, 120 Aufarbeiter à 125  $\delta$ .  
 Felix-Decker, schneeweiss, Brand, 220  $\delta$ .  
 Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175  $\delta$ .  
 Havanna, hochfeine Einl., à 270, 350  $\delta$ .  
 Yara-Cuba, vorzüglich, à 260  $\delta$ .  
 Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150  $\delta$ .  
 Carmen-Einlage à 105, 110  $\delta$ .  
 Domingo-Umblatt à 135, 145, 150  $\delta$ .  
 Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120  $\delta$ .  
 Mexiko San Andres à 450, 550  $\delta$ .  
 Losgut, sehr blattig und gesund, à 100, 110  $\delta$ .  
 Uckermärker à 92, 95, 100  $\delta$ .

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.  
 Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.  
 Man verlange neueste Preisliste.

## Die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

empfiehlt folgende Bücher:

Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Volksausgabe. Von Fürst Peter Kropotkin. 2  $\mathcal{M}$ . (Porto 20 Pfg.).  
 Erinnerungen eines Japaners. Schilderungen bis auf die Neuzeit. 300 Seiten stark. Von J. Heco, Tokio. 75 Pfg. (Porto 20 Pfg.).  
 Im Reiche der Freiheit. Briefe über den Sozialismus. Von Robert Blatchford. 1  $\mathcal{M}$ . nur 50 Pfg. (Porto 20 Pfg.).

## W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

### Rohtabake

Besonders empfehlenswert

Nr. 6694

### Sumatra

2. Länge Vollblatt à Pfd. 2.50  $\mathcal{M}$  verzollt.

### Geschn. Java-Einlage

à Pfd. 1.20  $\mathcal{M}$  verzollt.

### Geschn. Brasil-Einlage

à Pfd. 1.20  $\mathcal{M}$  verzollt gute Qualität.

### Sumatra - Umblatt

3. Länge Vollblatt Nr. 6198 à Pfd. 1.60  $\mathcal{M}$  verzollt.

### Java-Umblätter von

1.25-1.80  $\mathcal{M}$  p. Pfd. verz.

### Fabrikations-Utensilien

Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager  
 Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen, 8, 16, 19  $\mathcal{M}$ , ganz aus Eisen 17.50  $\mathcal{M}$   
 Arbeitstische, Schemel, aus bestem Holz, neu und gebraucht, billigst  
 Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50  $\mathcal{M}$  an  
 Arbeitsmesser in unerreichter Güte  
 Hamburger Messer per 10 Stück 2  $\mathcal{M}$   
 Ia. Engl. sec. Amiac-Extrakt 2 1/2-Pfd.-Dose 4.75  $\mathcal{M}$   
 Pa. Traganth 2, 2.50, 3  $\mathcal{M}$  per 1/2 kg  
 Bündelmaschinen 75, 85  $\delta$ , 1.25, 1.50  $\mathcal{M}$  usw.  
 Presskästen zu 2 Bund 80  $\delta$ , zu 4 Bund 1.25  $\mathcal{M}$   
 Einschlagpapier, blau, per Pfund 17  $\delta$   
 Packlack per Pfund 25  $\delta$   
 Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60  $\mathcal{M}$   
 Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35  $\delta$  per 100 Stück  
 Band, 50 Meter von 50  $\delta$  an  
 Etiketten per 100 Stück von 30  $\delta$  an

Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10  $\mathcal{M}$  an  
 Man verlange Preisbuch 25.